

# Wortworts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7670.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 betragen für die sechsgeleitete Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 7. April 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die Reform der württembergischen Verfassung.

Stuttgart, 5. April.

Die Verfassungsreform ist mit den heutigen Schlussabstimmungen über die drei zusammengehörigen Gesetzesentwürfe in der Zweiten Kammer nunmehr zu einem vorläufigen Abschluss gelangt.

Die gegenwärtige Verfassung, deren Entstehung in das Jahr 1819 zurückliegt, hat neben der Kammer der Ständeherrn, als Erster Kammer, noch weitere alte Reste feudaler Vorrechte konservert, durch die Erhaltung von 18 Vertretern des ritterschaftlichen Adels, 6 Vertretern der evangelischen, 8 der katholischen und 1 Vertreter der Universität als Mitglieder der Zweiten Kammer, neben 7 gewählten Vertretern der sogenannten 7 guten Städte und je 1 Abgeordneten der 63 Oberamtsbezirke. Die Entzerrung der oben genannten 28 Vertreter der Geburt und des Amtes, unter dem Sammelnamen „Privilegierte“, aus der Zweiten Kammer war seit Jahren die populärste Parole im Lande geworden und bei der letzten Landtagswahl 1895 war diese Forderung in die Programme aller politischen Parteien aufgenommen worden. Die Sozialdemokratie hatte naturgemäß die Forderung einer einzigen Volkskammer propagiert und damit große Erfolge erzielt.

Die Wahl bestätigte unzweideutig das Verlangen des Volkes nach einer Verfassungsrevision und die Regierung sah sich genötigt, zum wiederholten Male (1894 war eine Verfassungsvorlage von der Zweiten Kammer verworfen worden) diesbezügliche Entwürfe vorzulegen, die wir bei ihrem Erscheinen seiner Zeit einer Besprechung unterzogen haben.

Der erste Entwurf bezweckte eine Aenderung des Artikels IX der Verfassungsurkunde, welcher die Zusammensetzung der beiden Häuser regelt, der zweite Entwurf bringt einige Aenderungen des Landtagswahlgesetzes, so die Einführung der Wahlkourverte und eines Isolirraumes, die Verlängerung der Wahlzeit und der dritte Entwurf bringt die Einführung einer ganz neuen Wahl; die aus der Zweiten Kammer ausschließenden Privilegierten sollen demnach ersetzt werden: 1. durch zwei weitere Vertreter der Stadt Stuttgart und durch 21 Abgeordnete, die unter Anwendung des proportionalen Wahlsystems aus den vier Regierungskreisen gewählt werden sollen.

Die Entwürfe trugen natürlich, da sie ja einen Kompromiß der verschiedenen gesetzgebenden Faktoren darstellten, den verschiedenen Vorrechten fast über Gebühr Rechnung, aber immerhin stellten sie einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt in dem seit Jahren stabil gebliebenen Verfassungsleben dar.

Nach eingehender Kommissionsberatung begann nun die Zweite Kammer am 16. März die Einzelberatung der drei Gesetze, in welcher die verschiedenen Gruppen einen heißen Kampf um möglichst Wahrung ihrer Interessen führten. Die Privilegierten, welche natürlich die Vorlagen schon in diesem Hause gerne zu Fall gebracht hätten, ließen keine Gelegenheit vorübergehen, der Beratung ein Vein zu stellen, sie versuchten das, indem sie für jeden einzelnen Punkt der drei Vorlagen eine Zweidrittelmehrheit verlangten. Man ließ sie aber damit abfahren. Auch ihre weiteren Versuche, die Beratung zu stören, blieben erfolglos. Die Herren müssen sich in ihr Schicksal fügen, die Zeit schreitet, wenn auch langsam aber sicher, über ihre zu trassnen Unrecht gewordenen Vorrechte weg.

Das Zentrum ist im Lande Württemberg gleich anmaßend wie im Reich. Doch dem das Land nur zu einem Drittel katholisch ist, betrachtet es das Zentrum als eine Forderung der Parität, die jetzt bestehende katholische Mehrheit in der Gesamtzahl der beiden Kammern (die Ständeherrn der Ersten Kammer sind vornehmlich katholisch) unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Es trat daher auch bei der Zusammenfassung der Ersten Kammer für mögliche Erweiterung der Rechte der Ständeherrn ein.

Die Deutsche Partei dagegen schlug sich in diesen Fragen mehr auf die evangelische Seite. Hauptsächlich konnte sie die Einführung der Proportionalwahlen, als ersten Versuch in einem monarchischen Staat, nicht verbauen, da aber doch im ganzen auch für sie aus der Reform Vortheile herauszuschauen, machte sie es wie die Volkspartei und der Sozialdemokrat und verhalten den Entwürfen zu einer starken Zweidrittelmehrheit.

Am Montag folgten die Schlussabstimmungen über die drei Gesetze statt. Das Gesetz betreffend Aenderung des Artikels IX der Verfassungsurkunde wurde mit 69 gegen 18 Stimmen angenommen.

Danach besteht die Erste Kammer: 1. aus den königlichen Prinzen, 2. aus den Häuptern der ständeherrlichen Familien, 3. aus den vom König ernannten lebenslänglichen Mitgliedern, 4. aus sechs gewählten Mitgliedern des ritterschaftlichen Adels, 5. aus vier Vertretern der evangelischen, zwei der katholischen Kirchen und 6. aus einem Vertreter der Universität und der Technischen Hochschule. Die Zahl der vom König ernannten Mitglieder darf den dritten Theil der Prinzen und Ständeherrn nicht überschreiten.

Die Zweite Kammer ist zusammengesetzt: 1. aus je einem gewählten Abgeordneten eines jeden Oberamtsbezirks (63);

2. aus drei gewählten Abgeordneten der Stadt Stuttgart und je einem der Städte Tübingen, Ludwigsburg, Ulm, Heilbronn und Reutlingen; 3. aus 21 weiteren nach dem Grundfah der Listen- und Verhältniswahl gewählten Abgeordneten, von denen sieben auf den Neckarkreis, je fünf auf den Schwarzwald- und Donaukreis und vier auf den Jagstkreis entfallen.

Zum Eintritt in die Erste und Zweite Kammer ist für alle Gewählten das 25. Lebensjahr nötig. Prinzen und Ständeherrn können nach wie vor mit 18 Jahren Gesetgebung spielen! Die Wahl in die Zweite Kammer ist eine direkte, an keine Bedingung gebundene. Bei den Wahlen der Städte und Oberamtsbezirke entscheidet die relative Mehrheit, bei Stimmengleichheit das Loos. Die seither in der Ersten Kammer gefasste Stimmübertragung (Geistesstimmen) ist aufgehoben, dagegen können sich die Ständeherrn durch einen Sohn oder den sonstigen präsumtiven Nachfolger vertreten lassen. Auch dem Bischof ist ein Stellvertretungsrecht zugebilligt. Die Wahlprüfung ist jetzt den beiden Häusern wie dem Reichstage übertragen; auch wird jetzt die Sitzordnung durch die Geschäftsordnung geregelt nach Fraktionen, bis jetzt sithen die Abgeordneten nach dem persönlichen Alter. Die Immunität der Abgeordneten ist neu geregelt und auch auf die Zeit der Kommissionstagen ausgedehnt.

Das zweite Gesetz, betr. Aenderungen des Landtagswahl-Gesetzes, wurde mit 78 gegen 10 Stimmen angenommen.

Danach sind jetzt alle Wahlberechtigten ohne Rücksicht auf Steuerleistung von Amiswegen in die Wählerliste aufzunehmen. Bei der Wahl sind den Abstimmenden amtlich gestempelte Kourverts einzuhandigen, im Wahllokal müssen sich Tische befinden, welche so aufgestellt und mit einer solchen Vorrichtung versehen sind, daß an ihnen der Wähler den Stimmzettel gegen Beobachtung gefaltet in den Umschlag zu stecken vermag (Zsolirraum). Die Wahlzeit dauert bis abends 7 Uhr und sind alle Wähler zur Abstimmung zugelassen, welche im Wahllokal bereits anwesend sind.

Gleichfalls mit mehr als Zweidrittel-Mehrheit, mit 62 gegen 19 Stimmen, angenommen wurde das dritte Gesetz, betr. die Wahl der Abgeordneten der Kreise für den Landtag (Proportionalwahl). Diese Kreiswahlen finden zwischen dem 20. und dem 30. Tage nach den Städte- und Bezirksahlen statt. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens 50 wahlberechtigten Personen des Kreises unterzeichnet sein und nach der Parteistellung kenntlich gemacht sein. Für jeden vorgeschlagenen Bewerber ist eine Gebühr von 20 Mk. zu entrichten. Die Wahlzettel sind für alle Parteien von Amts wegen für jeden Kreis in gleicher Form aus Papier von gleicher Farbe und Beschaffenheit herzustellen und im Wahllokal anzulegen; auch können die Parteien gegen Kostenertrag für sich vor der Wahl Zettel beziehen. Die Abgeordnetenliste werden nach Befund des Verhältnisses der abgegebenen Stimmen auf die Parteien vertheilt. Innerhalb der Partei entscheidet die Reihenfolge des Stimmzettels, die Berechtigung auf die der Partei zufallenden Mandate, da der Landtag den Regierungsentwurf, der Vorrangzeichen vorgesehen hatte, nach welchen die Wähler die Mandatsberechtigten bezeichnen, ablehnte. Nachwahlen giebt es nicht, da bei Mandatsberledigungen die in der Reihenfolge nachkommenden eintreten.

Das sind im wesentlichen die beschlossenen Hauptänderungen, die jetzt zur Beratung an die Erste Kammer gehen. Aus den langen Beratungen ist auch für weitere Kreise in der gegenwärtigen Zeit sicher nicht uninteressant, daß die Regierung und im besonderen der Ministerpräsident v. Mittnacht die Bestimmungen, welche einen gewissen Fortschritt bedeuten, mit Energie zu verteidigen hatte, nicht nur gegen die Privilegierten, sondern in sehr vielen Fällen gegen das herrschsüchtige Zentrum und die deutsche Partei. Letztere griff die Regierung hauptsächlich deswegen an, weil dieselbe in den langen Jahren der deutschparteilichen Landtagsmajorität nicht zu einer durchgreifenden Verfassungsrevision schritt, jetzt dagegen der Opposition nachgiebt.

Daß das württembergische Zentrum unter Führung des Herrn Gröber gleich anmaßend und gleich schacherfüchtig ist, wie das große Zentrum im Reich, bewies die motivirte Abstimmung der 19 Zentrumsmänner. Troddem sie sich während der ganzen Verhandlung hingestellt hatten, als ob für sie keinerlei konfessionelle Gründe in Frage kommen könnten und sie nur geleitet seien von dem allgemeinen Volkswohl, sagen sie in der Abstimmungsmotivierung, daß ihre Abstimmung nur eine vorläufige sei, weil für sie das Verbot der Ernennung weiterer erblicher katholischer Mitglieder bei Absterben ständeherrlicher Häuser in die erste Kammer und die Beschränkung des Stellvertretungsrechts der Ständeherrn unannehmbar sei. Da durch die Aenderung der ersten Kammer die katholische Mehrheit (in einem zu zwei Dritteln protestantischen Lande!) wahrscheinlich gebrochen wird, brachten sie einen Initiativ-Gesetzentwurf ein, nach welchem sie die Leitung des katholischen Religionsunterrichts, die Anstellung der Religionslehrer u. für den Bischof reklamiren. Weiter verlangen sie für den Bischof das Recht, geistliche Orden und Kongregationen einzuführen, wogegen die Regierung nur wegen Wahl eines ungeeigneten Ortes Einspruch erheben

kann. Ferner verlangt das Zentrum, die Volksschulen müssen Konfessionsschulen sein!

Man sieht, die Herren verlangen nicht wenig! Um diesen Preis wollen sie also ihre Zustimmung zur Verfassungsrevision verschandern! Das bedeutet für das protestantische Württemberg die Proklamirung des offenen Kulturkampfes. Und es ist gut so. Daran kann das Volk sehen, wo das Zentrum hinaus will. Pfaffenherrschaft in der Kirche! Pfaffenherrschaft in der Schule! Pfaffenherrschaft im Parlament, im Staat! Pfaffenherrschaft überall! Da wird sich's ja bald zeigen, ob sich das schwäbische Volk dies bieten läßt. Für uns Sozialdemokraten eröffnet das wieder eine Perspektive auf arbeitsreiche, aber erfolgversprechende Thätigkeit.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 6. April.

**Einen Sieg der Sozialdemokratie und einen starken Aufschwung** bedeutet das Ergebnis der gestrigen Folkethingswahlen. Eine leider für die gestrige Nummer zu spät eingetroffene Privatdepesche aus Kopenhagen meldet:

Kopenhagen wählte sieben, Helsingör, Aarhus, Aalborg, Horsens, Randers je einen Sozialdemokraten, so daß unsere Fraktion von 9 auf 12 Abgeordnete gestiegen ist. Die Opposition hat im ganzen Lande Fortschritte gemacht.

Es wird ferner aus Kopenhagen telegraphirt: Bei den gestrigen Wahlen zum Folkething wurden gewählt 16 Konervative, 23 Moderats der Linken, 63 Radikale der Linken und 12 Sozialisten. Bis her zählte der Folkething 24 Konervative, 25 Moderats der Linken, 55 Radikale der Linken und 9 Sozialisten. Die radikale Linke gewann also die Mehrheit im Folkething. In Kopenhagen verlor die Rechte einen Wahlkreis. In der Kopenhagener Vorstadt Frederiksberg siegte der konservative Professor Ellinger über den bisherigen radikalen Abgeordneten, Kommandeur A. S. Polesen. Die Sozialdemokraten eroberten die jütlandschen Städte Aalborg, Randers und Horsens. Der Führer der Freihandelspartei, Kaufmann Reeb, wurde in Slagelse wiedergewählt. Der Führer der Protektionisten, Redakteur Waiff, unterlag in Horsens.

Man muß begierig sein, welche Konsequenzen der König und das Ministerium aus dem ihnen höchst unbehaglichen Wahleresultat ziehen werden. Eine Konfliktperiode in der Art Estrup's scheint man doch nicht offen wagen zu wollen.

Die Botschaft des Präsidenten Mac Kuley ist noch immer nicht dem Repräsentantenhaufe und dem Senate zugegangen. Aber auch keines der überaus schroffen Worte, die amerikanische Blätter aus der Botschaft mittheilen konnten, ist dementirt worden. Wie die „New York Tribune“ weiter meldet, werde die Botschaft des Präsidenten darthun, daß Spanien die Vereinigten Staaten vollkommen berechtigt habe, zu interveniren, wenn erforderlich, mit bewaffneter Macht, indem es seine Unfähigkeit, die Insel zu verwalten, nicht zugab und es ablehnte, Zugeständnisse zum Zwecke der Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung und des Friedens zu machen und Ersatz für die Verluste an Leben und Besitz, welche Amerikaner betroffen haben, anzubieten. Dies allein zerstört die wenigen Friedenshoffnungen, die in einem Theile der Presse aus dem Verzögern der Entscheidung geschöpft werden. Wir sind der Meinung, daß die Verzögerung weit eher unglücklich gedeutet werden kann, daß damit bloß zur Vollendung der amerikanischen Kriegsvorbereitungen Zeit gewonnen werden soll. Kommen doch von allen Ecken der Welt Mittheilungen über Schiffsläufe und Verschiffung von Munition nach den Vereinigten Staaten. Der Sekretär der amerikanischen Marine Mr. Long hat zum Zweck der Anwerbung von Marinemannschaften jetzt große Plakate aufertigen lassen, auf denen folgende Lohnungsangebotungen gemacht werden: Ein gewöhnlicher Seemann soll monatlich 19 Dollars, ein Vollmatrose 24 Dollars, ein Maschinist 2. Klasse 40 Dollars, ein Maschinist 1. Klasse 55 Dollars und ein selbständiger Maschinist 70 Dollars erhalten. Die Plakate tragen in der linken oberen Ecke ein Bild des untergegangenen Panzerkreuzers „Maine“, in der rechten Ecke das Bild des Schlachtschiffes „Jowa“.

Wie eine Depesche der „New York Times“ aus Washington meldet, wird ein fliegendes Geschwader unter dem Befehle des Kommodore Schley innerhalb 24 oder 48 Stunden wahrscheinlich nach den Kanarischen Inseln abgehen. — Dem „New York Herald“ zufolge hat das Staatsdepartement gestern Abend den Generalkonsul Lee angewiesen, Havana sobald als möglich zu verlassen. Nach einer Meldung der „New York Tribune“ aus Washington hegt man dort wenig Hoffnung auf Erhaltung des Friedens, wenn Spanien nicht vollständig nachgibt. Wie dasselbe Blatt weiter meldet, wird die Botschaft des Präsidenten eingehend die vergeblichen Bemühungen der Vereinigten Staaten während mehrerer Jahre, die Lage auf Kuba zu bessern und den Schutz für Leben, Vermögen und Interessen der Amerikaner zu sichern, besprechen und die auf Kuba verübten Grausamkeiten sowie die Zerstörung der „Maine“ als Beweise für den vollständigen Zusammenbruch der Autorität Spaniens anführen.

Ueber die Bemühungen, den Frieden zu erhalten, liegt folgende Meldung aus Washington vor:

Die Mitglieder des Kongresses empfangen etwa 20 Depeschen von Bankiers und Gesellschaften mit der Bitte, eine weise Politik des Friedens zu unterstützen. Auch Präsident Mac Kuley erhielt Depeschen ähnlichen Inhalts. Der englische Botschafter Lord Panncofte hatte eine längere Unterredung mit dem französischen Botschafter Cambon. Aus den hiesigen Botschaften und Gesandtschaften weiß man, daß Frankreich und Oesterreich die größten Anstrengungen machen, um Grundlagen zu finden für eine

gemeinsame Aktion der Mächte zu Gunsten des Friedens. Der Erzbischof von Freiburg hat dem Unterstaatssekretär des Reichswärtigen, von, einen Besuch ab.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit betonen, daß die sozialdemokratische Presse der Vereinigten Staaten den chauvinistischen Machenschaften gegenüber sich die Rühle des Urtheils völlig bewahrt hat.

Aus Spanien werden Truppenverschiebungen nach Kuba und die Befestigung Manilla's, des wichtigsten Orls der Philippinen gemeldet.

**China.** Nach Deutschland, Rußland, England hat nun auch Frankreich die Befriedigung seiner Wünsche in Peking erreicht. Alle von der französischen Regierung gestellten Forderungen sind bewilligt: Nichtentföhrung irgend eines Theiles von Kwangsi und Yunnan, Bau einer Bahn nach Yunnan-fu, Verpachtung einer Kohlenstation, Anstellung eines Franzosen als Direktor der kaiserlichen Posten.

Diese französischen Forderungen hatten ihre Spitze hauptsächlich gegen England, England, welches von Birma aus durch Yunnan eine Bahnlinie bis nach Kanton zu führen gedachte, wird nunmehr verhindert, Frankreich in Südschina abzuscheiden. So wird die Rivalität der beiden Mächte, die von Birma und Tongking aus nach Südschina vordringen, weiter verschärft. Wo die bewilligte Kohlenstation liegen soll, wird noch nicht mitgetheilt; bekanntlich wird vermutet, daß Frankreich am Ausfluß des Min bei Futschou eine solche Station gesordert habe. Die Anstellung eines Franzosen als Leiter des chinesischen Postwesens bedeutet das Gegengewicht gegen die in englischer Hand befindliche Verwaltung der Pöste.

In englischen Unterhaus wurden am Dienstag Abend die langerwarteten Erklärungen über die China-Politik der Regierung gegeben. Der wichtigste Theil der Ausführungen Lord Salisbury's, der das Verhältnis zu Rußland betraf, wurde von uns schon gestern im Depeschenheft wiedergegeben. Im allgemeinen ist dabei nichts wesentlich Neues zum Vorschein gekommen. Salisbury beschränkte sich auf einen historischen Ueberblick. Er erwähnte zunächst die früheren Zustände Chinas an England; Nichtveräußerung des Jangtschiang-Gebietes, Beibehaltung eines Engländers als Leiter des Zolldepartements, Eröffnung aller Wasserwege für den fremden Handel, Eröffnung von drei neuen Vertragshäfen.

Sodann kam Salisbury auf die deutschen und russischen Erwerbungen zu sprechen. Gegenüber Deutschland sprach er sich entgegenkommender aus als seit sehr langer Zeit von offizieller englischer Stelle geschehen ist; er meinte:

„Deutschlands Besitzungen seien sowohl dem Tone als dem Geiste nach vollständig befriedigend. Deutschland beabsichtige, sich in seinem Besitzthum in China abereinstimmend mit den besten Interessen aller Nationen einzurichten. Ganz gewiß sind deutsche und britische Interessen in China — ich beschränke dies aber nicht nur auf China, sondern ich glaube, daß dieses uneingeschränkt wahr ist — mit einander übereinstimmend. Eifersüchtigkeiten mögen zwischen einzelnen Personen bestehen, aber die grundlegenden Interessen der beiden Länder müßten dieselben sein. Ich glaube zuverlässig, daß wir im Stande sein werden, Hand in Hand die allgemeinen kommerziellen Interessen wahrzunehmen.“

Auf die russische Chinapolitik übergehend bedauerte der Schachsekretär den Uebergang derselben von rein kommerziellen Gesichtspunkten zu einer Politik der Verschiebung des Gleichgewichts der Mächte. Die Bedeutung der Befestigung von Port Arthur sei rein maritimer und militärischer Natur. Rußland selbst habe im Jahre 1895, als es sich der Befestigung von Port Arthur durch Japan widersetzte, erklärt, daß diese Befestigung eine fortdauernde Drohung Peking gegenüber bedeute. Darum müßte England Einspruch erheben und, als Rußland die englischen Vorschläge ablehnte, Weihaiwei für sich verlangen. So werde verhindert, daß der Golf von Petchili in die Gewalt einer einzelnen Macht komme. England wünsche, so lange es nur möglich, die Integrität Chinas zu erhalten.

Auch die auf Salisbury's Erklärungen anschließende Debatte brachte kaum irgend etwas Neues. Auf eine Anfrage Dilke's erklärte Curzon, die Regierung glaube nicht, daß die Befestigung von Weihaiwei schwerere Folgen nach sich ziehen werde. Ueber die oben gemeldeten Konzessionen an Frankreich wurde nichts mitgetheilt, da die betreffenden Verhandlungen noch in der Schwebe seien.

Auch im Oberhaus gab die Regierung ähnliche Erklärungen ab. Beide Häuser vertagten sich danach bis nach Ostern.

Die Frage ist nun zunächst, ob Rußland die Befestigung von Weihaiwei geschehen läßt oder mit einem neuen Gegenzug antworten wird. Bleibt Rußland ruhig, so dürfte die Periode der „Pachtungen“ vorläufig ihren Abschluß erreicht haben.

### Deutsches Reich.

— Montag, den 20. Juni, sollen dem „Hann. Courier“ zufolge die Reichstags-Bohlen stattfinden.

— Die preussische Staatsschuld. Dem Herrenhause und Abgeordnetenhaus ist der neundzwanzigste Bericht der Staatsschuldskommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Rechnungsjahre vom 1. April 1896-97 zugegangen. Die Staatsschuld belief sich am 31. März 1896 auf 6 458 845 905,25 M. Hierzu treten hinzu 83 619 576,81 M. Die Staatsschuld am 31. März 1897 stellt sich auf 6 494 440 982,06 M. Zur Bestreitung der etatsmäßigen Ausgaben der Staatsschuldenverwaltung pro 1. April 1896-97 sind 874 872 931 M. nöthig gewesen. An laufenden und rückständigen Zinsen pro 1. April 1896-97 waren 263 190 515 M. 41 Pf. zu zahlen. Davon sind gezahlt 242 737 280 M. 2 Pf., sind rückständig geblieben 20 455 235 M. 39 Pf. Von den auf dem Etat stehenden Schulden sind 32 351 723 M. 19 Pf. und 18 500 M. durch Tilgung abgegangen. Die Ausgaben und Einnahmen der Staatsschulden-Tilgungskasse haben 874 872 931 M. 18 Pf. betragen. Die Wirkungen des Gesetzes vom 28. Dezember 1896 betreffend die Abschaffung und Umwandlung der vierprozentigen konsolidirten Staatsanleihe werden erst im Rechnungsjahre 1897/98 in die Errechnung treten.

— Der Kampf gegen das amerikanische Petroleum wird von der Reichsregierung aufgenommen. In einem neuen Erlasse werden Gutachten darüber eingefordert, ob man nicht auf Grund des Nahrungsmittel-Gesetzes zum Schutze der menschlichen Gesundheit bestimmte Anforderungen an das amerikanische Petroleum stellen könne.

— Der Zentralverband deutscher Industrieller wird am 29. April eine Ausschussung und Delegatenversammlung in Berlin abhalten. Auf der Tagesordnung der ersteren steht außer geschäftlichen Angelegenheiten ein Referat über die Frage: Bezieht sich für den Zentralverband deutscher Industrieller und ähnliche Vereinigungen die Verpflichtung, ihre Sitzungen und Versammlungen gemäß §§ 1 und 8 der preussischen Verordnung über die Verhütung eines die öffentliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungsgesetzes vom 1. März 1860 polizeilich anzumelden?

Auf der Tagesordnung der Delegatenversammlung stehen außer geschäftlichen Angelegenheiten der Bericht des Geschäftsführers, der

wirtschaftliche Ausschuss der Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen, Aenderung der Bestimmungen über die Kollektivbezeichnung von Waaren in den zu Waarenzeichen gehörigen Verzeichnissen und Aenderung der Arbeiterversicherung.

— Agrarische Offenheit. Agrarier im Kreise Nees-Wied hatten dem Zentrum-Abgeordneten Frieh die Frage vorgelegt, ob er mit der Erhöhung des Kornpreises von 3,80 auf 5 Mark einverstanden sei. Dazu bemerkt die „Rein. Volksztg.“, eine solche Erhöhung genüge durchaus nicht. „Der Getreidezoll muß so hoch normirt werden, daß der Doppelzentner Weizen zum mindesten einen Preis von 21 Mark, der Doppelzentner Roggen einen Preis von 17 Mark hat.“

Je offener die Agrarier sind, desto leichter wird ihren Gegnern die Bekämpfung ihrer Bestrebungen.

— Klagen über die Gesindevermischer treffen bei der „Deutschen Tageszeitung“, wie sie meldet, täglich ein. „Die Deutlichkeit wächst ins Ungeheure“, schreibt sie. Die Freizügigkeit will sie abgeschafft haben. Und da sollen die ausgebildeten, so patriarchalisch behandelten Landarbeiter für die Wänder stimmen!

— Behandlung politischer Gefangener. Die „Tribüne“ in Erfurt theilt mit: Die Selbstbeschäftigung, die Genosse Schulz (Rebaltour der „Tribüne“) für seinen Aufenthalt im hiesigen Gefängnis beantragt hatte, wurde ihm durch die Oberstaatsanwaltschaft in Naumburg verweigert. Dagegen wurde ihm als Belohnung die „Magdeburgerische Zeitung“ und außerdem etwas verbanliche Unterhaltungslektüre gestattet.

— Zum Fall Weichold. Das Gouvernementsgericht in Stralburg giebt einigen Wärdern berichtende Mittheilungen zu der Angelegenheit des Soldaten Weichold, über welche wir vor einiger Zeit berichteten und die vom Hg. Webel zur Sprache gebracht wurde. Das Militärgericht erklärt, daß Weichold durch Selbstmord getödtet habe, giebt aber in seinem Schlusssatz mittheilend an, daß die von sozialdemokratischer Seite zu dieser Angelegenheit gemachten Ausstellungen völlig berechtigt waren; dort heißt es nämlich: „In wie weit bei dem Selbstmorde daneben auch Nachwirkungen einer in früher Jugend überbliebenen Krankheit, der sogenannten „englischen Krankheit“ und früher bisweilen aufgetretener kranp-artigen Erscheinungen von Einfluß gewesen sind, muß dahingestellt bleiben.“ Von unserer Seite war die Meinung vertreten worden, daß ein Mensch von so krankhafter Anlage wie Weichold überhaupt nicht hätte zum Heeresdienst genommen werden dürfen.

— Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Unser Münchener Korrespondent schreibt uns unter dem 5. d. M.: Vom Landgericht München II wurde heute der Theaterdirektor Franz Mannhardt wegen Beleidigung des Prinzregenten von Bayern zu einem Monat fünfzehn Tagen Gefängnis verurtheilt. Mannhardt hatte wie so manche seiner Kollegen das Pech, daß die Einnahmen aus seinen Vorstellungen nicht gleichen Schritt hielten mit den ihm erwachsenen Ausgaben. Infolge dessen erhielt er wiederholt den unerbetenen Besuch des Gerichtsvollziehers. Bei einer solchen Gelegenheit machte er nun seinem Klerger in einer unbesonnenen Aeußerung Luft, die ihm obige Strafe eintrug.

Wie das „Rehinger Volksblatt“ vernimmt, soll gegen den Schutzheisen von Mittelstadt Untersuchung eingeleitet worden sein, weil sich derselbe bei der vom dortigen Militärverein veranstalteten Feier des Geburtstages des Königs von Württemberg beim Ausbringen des Königsstoßes nicht von seinem Sitze erhob.

### Oesterreich.

Wien, 6. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Katalan: In einem vielfach bemernten Wiener Briefe kündigt der „Gaz“ an, der Ministerpräsident Graf Tchu werde nach den Oesterreichen eine Erklärung bezüglich der Regelung der Sprachenfrage abgeben. Die Regierung werde vor allem dahin wirken, daß die interessirten Parteien in gemeinsamen Beratungen über die Sprachenfrage zusammentreten und werde die Arbeiten einer zu diesem Zweck zu wählenden parlamentarischen Kommission nach Kräften fördern.

— Absicht von den Marineplänen. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Der Ministerrath hat den Flottenbauplan wesentlich eingeschränkt und das von der Marineverwaltung auf 50 Millionen Gulden bezifferte Erforderniß nahezu auf die Hälfte herabgesetzt.

Das ist recht vernünftig. Wollten sich andere Staaten ähnlich verhalten, so wäre es für alle gleicherweise von wohlthätigen Folgen.

### Schweiz.

Zürich, 5. April. (Sig. Ver.) Die kantonale Kommission für die Kranken- und Unfallversicherung hat in einer in Lugano abgehaltenen Schlusssitzung wieder rückwärts revidirt, so daß man beinahe glauben könnte, die Herren haben darüber Reue empfunden, etwas Gutes geschaffen zu haben. Die Kommission beschloß nämlich einstimmig, die von ihr früher beschlossene Gleichstellung der Berufskrankheiten mit den Unfällen wieder zu streichen und den Bundesrath einzuladen, eine Gesetzesvorlage zu machen, wodurch die Berufskrankheiten besondere Fürsorge erfahren sollen. Dazu ist doch sicher die Unfallversicherung am besten geeignet. Daß es doch so schwer hält, den Armen zu helfen und gerecht zu werden!

Im Züricher Großen Stadtrathe geht alle Idylle, die sonst, namentlich bei der Berathung von politischen Maßnahmen walitet, in die Brüche, sobald etwas „Soziales“ angedenkt wird. In der „Arbeiterstimme“ war eine packende Darstellung der sehr verbesserungsfähigen Arbeitsverhältnisse der hiesigen Gasfabrik erschienen und daraufhin von sozialdemokratischer Seite im Großen Stadtrathe beantragt worden, für die Feuer- und Heizerarbeiter den Achtstundentag einzuführen, wie dies bereits in Lausanne geschehen ist. Ein Advokat des Geldsacks und ein bornirter Fabrikant wäthelten förmlich gegen die Sozialdemokraten und die Arbeiter, aber der Antrag wurde doch dem Stadtrath überwiesen und wird voraussichtlich auch vollen Erfolg haben. Wie schön wäre doch die Welt für die Kapitalisten, wenn die Sozialdemokraten nicht wären.

### Frankreich.

Paris, 5. April. (Sig. Ver.) Die Antisemiten von der äußersten Rechten und der äußersten Linken, die ihr Bestes gehan hatten, um in der Jola-Dreyfus-Affäre Recht und Geseh etdrosseln zu lassen, treten in der gestrigen Kammer Sitzung als Mitter des beleidigten Rechts auf. Es handelte sich nämlich um die Vorverhaftung des wilden antisemitischen Agitators von Algier, Mag Régis. Wenn die Regierung in diesem Falle eine Widergesetzlichkeit begangen hat, so geschah dies gerade durch die Nichtverhaftung des Régis unmittelbar nach den antisemitischen Raub- und Mordtaten vom letzten Januar, an denen er persönlich — und nicht nur durch sein Heyblatt — betheiligt war. Während hunderte von gemeinen Wänderern verhaftet wurden, blieb Régis, der Anführer der räuberischen Bänden, auf freiem Fuße. Warum? Weil die Judenkravalle in Algerien, wie diejenigen in mehreren Städten Frankreichs, dem Generalrath am Vorabend des Jola-Prozesses sehr gelegen kamen.

Daß drei Antisemiten auf einmal über denselben Gegenstand interpellirten, ist nach zwei Richtungen hin beachnend. Die drei Interpellanten tragen ersten ebensowiel verschiedene politische Farben: Graf de Beauregard ist ein Kerikal-monarchistischer Antisemit, Samary, Abgeordneter von Algier, ist Vizepräsident der „sozialistisch-radikalen“ Kammerfraktion, Ghiché, ein ehemaliger Boulangerist, ist „sozialistischer“ Antisemit. Keiner gönnte dem anderen die Ehre, für Régis eine Panze zu brechen. Sodann handelte es sich speziell für Samary und Ghiché um eine Wahlreklame, deren ihre gefährdeten Sitze sehr bedürfen.

Von allgemeinerem Interesse ist die Situation Samary's. Die algerischen „Antijuden“, — so nennen sich offiziell die dortigen Antisemiten wegen der ja auch „semitischen“ Kraber, die in den Judenkravallen treffliche Dienste leisten — sind bereits stark genug, um Samary einen

echteren Judenstößer vorzuziehen, den Heiland des französischen Antisemitismus, Edouard Drumont, dessen Pariser Blatt, die „Libre Parole“, mit Jesuitengeld gegründet wurde. Das ungläubige Pariser Volk will von dem Jesuitenknacht Drumont nichts wissen. Insofern es antisemitische Elemente in Paris giebt, finden sie ihre Rechnung bei den hier so zahlreichen Eßsüßigern, die je nach der augenblicklichen Stimmung der Wähler, in allen Regenbogenfarben schillern. Und auch in der Provinz wagte Drumont nicht zu kandidiren, nachdem er in den Kammerwahlen von 1893 kläglich durchgefallen war. Der verkannte Ketter Frankreichs hat sich nun mit seiner Kandidatur nach Algerien geschichtet, just nach dem Wahlkreis Samary's, des nichtkirkaliten Antisemiten.

Nach den Zeitungskorrespondenzen zu schließen, scheint Drumont's Wahl sichere Aussichten zu haben. Er wurde in der Stadt Algier von einer zahlreichen Menge mit Jubelrufen und natürlich mit Rufen: „Nieder mit den Juden!“ empfangen — als „Befreier“ Algeriens und Mag Régis'. Indeß hat der Triumph-Einzug Drumont's in Algier die Regierung und die Kammermehrheit nicht sonderlich beeinflusst. Die drei Interpellationen über Régis' Verhaftung endeten mit dem Votum der vom Kabinett verlangten „einfachen Tagesordnung“ mit 308 gegen 170 Stimmen. Die Mehrheit setzte sich diesmal zusammen hauptsächlich aus den Parteien, die mit dem Antisemitismus nicht zu liebäugeln brauchen oder wünschen, aus den Bourgeoisrepublikanern und Radikalen.

Bei dieser Gelegenheit noch ein paar Worte über die algerischen „Antijuden“. Régis' Organ, der „Antijude“ („L'Antijui“) heht mit Vorliebe gegen jüdische Arbeiter, Angestellte und selbst Dienstrauen, indem er die katholischen Unternehmer — natürlich unter Namensnennung in jedem einzelnen Falle — zur Entlassung der jüdischen Proletarier auffordert. Bei dem seit den Januar-Kravallen in Algerien herrschenden antisemitischen Terrorismus ist die Aufforderung eines Régis ein Befehl, der nicht ungekräft mißachtet werden darf. So meldete neulich aus Algier die in dieser Beziehung sehr schweigsame Pariser Presse die Massenentlassung von jüdischen Russen und Tabalarbeitern. Man hat hier also mit dem unverblümtesten Rassenhass zu thun.

In Algier giebt es auch gewerkschaftlich organisirte Arbeiter mit einer Arbeitseuse. Die älteren sozialistischen Organisationen Algeriens sind aber von der antisemitischen Hochthat weggeschwemmt worden. Ihre Spuren sind nur noch zu finden im Untertitel des Pariser allemantischen Wochenblattes, der also lautet: „Organ der sozialistischen Arbeiter Frankreichs und Algeriens“. Die Gewerkschaften haben nun, wie die „Petite République“ meldet, für Samary und gegen Drumont Stellung genommen. Sie verzichten auf die Kuffstellung eines eigenen Kandidaten, um dem kleineren Uebel zum Siege zu verhelfen. Andererseits wird Drumont von nichtkirkaliten „antijüdischen“ Bürgermeistern der Vorstadt Miskapha (bei Algier) mit echt antisemitischer Feinheit bekämpft. Der Herr Bürgermeister, Pradelle, hat nämlich ebensoll als Samary's Abgeordneter ein geringes Auge geworfen. Die Trappisten-Wädhé, die in Algier eine mächtige und reiche Organisation besitzen, kämpfen selbstverständlich für Drumont.

Paris, 6. April. Im Senat fragte gestern Deumay, weshalb der Justizminister nach dem Verdict der Geschworenen nicht die Streichung Jola's aus der Ordensliste der Ehrenlegion beantragt habe. Der Justizminister erwidert, die Affäre Jola sei noch in der Schwebe; die Anfrage sei deshalb verfrüht.

Gestern Abend war das Gerücht verbreitet, Dreyfus sei auf der Zensurinsel gestorben. Der Kolonialminister Debon erklärte einem Interviewer, daß er keinerlei Meldungen hierüber erhalten habe.

Die Deputiertenkammer nahm in der heutigen Vormittags-sitzung das Budget, welches vom Senat zurückkam, an, stellte jedoch einige Kreditforderungen, die vom Senat gestützt waren, wieder her. Nachmittags wird das Budget wieder dem Senat überwiesen werden.

### Türkei.

— Zur Situation auf Areta. Eine Petersburger Zuschrift der Wiener „Polit Korresp.“ erklärt, die russischen diplomatischen Kreise erörtern den Plan, daß die Kommandanten Rußlands, Frankreichs, Englands und Italiens vor Areta Bollmacht erhalten sollen, mit den hervorragendsten Mitgliedern der freisinnigen National-Versammlung die Einführung einer gemeinsamen Verwaltung, gemäß den von den Völkern in Konstantinopel ausgearbeiteten und von den Mächten, gutgeheissenen Grundsätzen, zu vereinbaren. Die Verwirklichung des Projektes setzt die Aufnahme einer Anleihe voraus. Man glaubt in Petersburg, daß die zur Aktion bereiten Mächte die Uebernahme der gemeinsamen Garantie dafür nicht ablehnen werden.

### Afrika.

— Vom Kriegsschauplatz im Sudan wird den „Times“ gemeldet: Eine zur Erlöschung der Stellung der Derwische unternommene Bewegung führte zu einem heftigen Gescheh mit dem Feinde, der in geschlossener Streitmacht anrückte, aber zurückgetrieben wurde und dabei 200 Mann verlor. Auf englischer Seite wurden 6 Mann getödtet und 10 verwundet.

### Amerika.

Ottawa, 6. April. Der Finanzminister Fielding kündigte in der Rede, mit der er gestern das Budget im kanadischen Parlament einbrachte, an, daß der Regiprozentsparagrah und der gegenwärtige Vorzugsstarf aufgehoben und ein neuer Vorzugsstarf dafür eingeführt werden solle, der nur für das Vereinigte Königreich, Britisch-Indien, Neu-Schweden und Britisch-Westindien Geltung haben und am Tage des Erlöschens der Handelsverträge mit Deutschland und Belgien in Kraft treten solle. In dem Tarif sind seine Positionen mit Ausnahme der Zuckergebühren geändert. Der Zoll auf Rohzucker wird von 50 Cent per Zentner auf 65 1/2 Cent erhöht, wobei als Maßnahme gegen Prämien genehigenden Zucker aus Europa für westindischen Zucker eine Vorzugs-Gravation von 25 pCt. gewährt wird. Der Zoll auf raffinirten Zucker soll von 1 Dollar auf 1,25 Dollar erhöht und dabei eine Vorzugs-Gravation für Raffinade gewährt werden, die ganz aus Rohprodukt von britischen Besitzungen gewonnen ist.

### Parlamentarisches.

Die Petitionskommission des Reichstages hat die Petition des kaufmännischen und gewerblichen Völkervereins für weibliche Angestellte in Berlin um Einführung des obligatorischen Lebensschlusses um 6 Uhr abends dem Reichskanzler als Material zur Aenderung der Gesetzgebung zu überweisen beantragt.

Die Staatsberathung wird im Herrenhause von der Finanzkommission am 18. d. M. begonnen werden. Für diese Berathung sind drei Tage in Aussicht genommen. Der von der Kommission gestellte Bericht wird bis zum 26. d. M., dem Tage, an dem das Plenum wieder zusammentritt, in den Händen der Mitglieder des Hauses sich befinden können und voraussichtlich bereits am 27. d. M. auf die Tagesordnung der Plenarsitzung gesetzt werden.

### Partei-Nachrichten.

Der durch den Eiseener Meinedyrozeh bekannt gewordene Gendarm Rüter bewirbt sich, wie wir zuverlässig hören, um eine Stelle als Magistratssekretär in Berlin. Wir dürfen es wohl als ausgemacht betrachten, daß die Kommunalverwaltung Berlins nicht das geeignete Tätigkeitsfeld für einen Mann ist, der schon als Gendarm das nöthige Maß von persönlichem Laft vermessen lieh.

Im Dorfe Salkbe bei Magdeburg hat trotz aller Anstrengungen der Signer die Sozialdemokratie ihren Einzug in den Gemeinderath gehalten. Der von unserer Seite als Kandidat für die dritte Abtheilung aufgestellte Tischler Rabel siegte in der Stichwahl.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— In der Volksbuchhandlung des Parteigenossen Reichelt in Burgstädt i. S. sind vor einiger Zeit eine Anzahl Exemplare

des Corvin'schen „Flasenspiegels“ beschlagnahmt worden. Reichelt und dessen Frau sollten nun wegen — Gotteslästerung prozessiert werden, das Verfahren ist aber eingestellt worden.

## Wahlbewegung.

Reichstags-Abgeordneter Singer sprach am Montag in Magdeburg vor einer überaus stark besuchten Versammlung, die polizeilich abgesperrt werden mußte, über die nächsten Reichstagswahlen. Die scharfe Kritik, die Redner an den politischen Ereignissen der neueren Zeit übte, fand in der Versammlung lebhaften Beifall.

Im Reichstags-Wahlkreis Rappoltsweiler kandidiert Direktor Goller-Popp (Kasseler) an Stelle des bisherigen Vertreters Simonis, der eine Wiederwahl ablehnt. Der bisherige Reichstags-Abgeordnete für Saarburg-Chateau-Salins, Erzpriester Köchly (Kasseler), wird abermals als Bewerber auftreten.

Im Wahlkreis Oldenburg-Plön hat Reichstags-Abgeordneter v. Tungen aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl abgelehnt, und haben die nationalen Parteien den Konfessionspräsidenten Slossman in Bielefeld als Kandidaten aufgestellt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

**Achtung, Stellmacher!** Wir machen hier nochmals bekannt, daß der Fachverein der Stellmacher sich mit dem 1. April angegliedert und dem Holzarbeiter-Verbande angeschlossen hat; gleichzeitig fordern wir die früheren Mitglieder auf, dem Beschluß nachzukommen und beim Holzarbeiter-Verbande sich anzumelden. Die Kassenabrechnung bis zum 31. März ergibt: Einnahme im I. Quartal 1898: 412,32 M., Ausgabe 207,63 M.; der Restbestand von 204,69 M. ist dem Verbande überreicht. Die Kommission: J. N.: C. K. Kühne, H. Kronhage.

Die Provinzial-Konferenz der Maurer Brandenburgs (Zentralverband) tagt am 11. April (P. Ostertag) 9 Uhr im Lokale „Bismarckhöhe“ in Charlottenburg.

Wegen Verweigerung der Akkordarbeit sind auf dem Bau vom Nothen Kreuz in P. o. w. a. v. s. neun Maurer ausgesperrt worden. Zugang ist ferngehalten.

### Deutsches Reich.

Für die englischen Maschinenbauer sind bei der Generalkommission nachträglich (vom 4.—31. März) noch 654,95 M. eingegangen; die Generalkommission tritt nun über die Gesamtsumme von 119.120,80 M. und erklärt damit die Sammlungen für geschlossen. Die an den einzelnen Orten noch nachträglich eingehenden Beträge empfiehlt die Generalkommission den Fonds der eigenen Gewerkschaft oder den lokalen Fonds der Kartelle zu überweisen.

Ueber einen erfolgreichen Ausstand der Weber in Reichenbach wird uns geschrieben: In der Textilindustrie Schlesiens macht sich wieder ein lebhafter Geschäftsgang bemerkbar, von einer wirklichen Geschäftskrise läßt sich hier eigentlich überhaupt nicht reden. Leider sehen wir aber, daß hier die Arbeiter, selbst bei voller Beschäftigung, zu hungern gezwungen sind. Deshalb ist es mit Freude zu begrüßen, daß in Schlesien, das dem übrigen Deutschland die billigen Arbeitskräfte liefert, sich die Arbeiter mehr und mehr regen. Am selben Tage, wo in Langenbissau der Streik der Weber beendet wurde, legten in Reichenbach gegen 600 Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Weberei von Wepf u. Nassau einmütig die Arbeit nieder, weil ein humaner Beamter seitens der Firma entlassen worden war. Die Streikenden versammelten sich sofort in einem großen Saale Reichenbachs, formulierten ihre Forderungen, die in Zurücknahme der Entlassung, einigen Lohnaufbesserungen und Befestigung verschiedener Mißstände gipfelten; sie unterbreiteten diese Forderungen sofort der Firma und bald hatte dieselbe alles bewilligt. Ein schöner Beweis dafür, was man durch Einigkeit erreichen kann. Maßregelungen irgend welcher Art wurden seitens der Firma nicht vorgenommen.

Der Ausstand der Bergarbeiter am Piesberge. In Osnabrück fand am vorigen Sonntag abends eine Versammlung des „Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter“ wegen der Piesberg-Angelegenheit unter dem Vorsitz von Br. u. s. M. M. statt. Derselbe referierte über die Nothwendigkeit der Organisation und ihre Aufgaben. Folgende „Resolution“ gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Die Versammlung christlicher Berg- und Hüttenleute giebt im Interesse des sozialen Friedens der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß die Streitfrage zwischen der Verwaltung und den Arbeitern der Piesberger Werke durch gegenseitiges Entgegenkommen baldigst beendet werde.“

Die Versammlung erklärt, daß die Arbeiter von Hütte und Hügeln mit ihren Piesberger Kameraden gemeinsame Sache machen, sobald versucht wird, den Ausfall von Arbeitskräften am Piesberge durch Heranziehung fremder Arbeitskräfte zu decken.“

Von Seiten der Verwaltung ist nämlich die Heranziehung fremder Arbeiter angebroht. Vorstehende Resolution ward dann Nachmittags auch in Desebe in einer Versammlung angenommen.

Der Witterungsstand in Braunschweig und Helmstedt dauert unverändert fort. Von einem Unternehmer ist der Versuch unternommen, in Dortmund, wo die Witterer gleichfalls streiken, aber schon einige Meister Jugendskandisse gemacht hatten, die Zurücknahme dieses Entgegenkommens zu bewirken. Ferner sind von den Unternehmern schwarze Listen in Umlauf gesetzt, um so die Arbeiter wankelmütig zu machen. Die Wirkung dieser Manipulation ist aber nur die gewesen, daß die Arbeiter um so fester zusammenhielten.

Der Streik der Schuhmacher bei Steinrück u. Kröger in Bielefeld ist beendet, da die Firma Kröger fallirt hat.

Die Zimmerer und Bantischer in Slotho (Provinz Westfalen) befinden sich im Ausstand. Die Arbeiter verlangen 28 Pf. Stundenlohn.

40 Feilenhauer sind in Leipzig in den Ausstand eingetreten. 10 Feilenhauer arbeiten zu den neuen Bedingungen weiter.

Die Steinarbeiter in Hof verhandelten vorige Woche mit dem Münchberger Verband angehörigen Industriellen über eine Lohnerhöhung. Die Verhandlungen sind für die Arbeiter günstig verlaufen, denn die angestrebte Lohnerhöhung beträgt für die einzelnen Orte bis zu 33 pCt. Nun wird noch gesondert mit den Steinseileisern verhandelt, es steht wohl außer jedem Zweifel, daß auch diese Verhandlungen ein günstiges Resultat liefern werden. Auf diese Weise ist namentlich der Ausbruch eines Streiks vermieden worden.

Nachträge zum Lösserstreik in München. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins Max Reichelt, der Lösser Weier und der Schneider Wassner hatten sich am 5. d. M. vor der Münchener Strafkammer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten.

Die 8 Angeklagten testifirten in einer öffentlichen Vollversammlung am 26. Juni v. J. das schmachliche Treiben der Streikbrecher von der Lösserfektion des katholischen Vereins „Arbeiterchutz“ und bedienten sich dabei ziemlich scharfer Ausdrücke. Die Staatsanwaltschaft glaubte hierin eine „Schwerlegung“ im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung erblicken zu müssen und ahndete daher dieses „gesetzwidrige“ Vergehen auf dem Mandatswege mit je 14 Tagen Gefängnis. Auf erhobenen Einspruch hin erkannte jedoch das Schöffengericht auf Freisprechung. Der Anwalt legte hierauf gegen das schöffengerichtliche Urteil Berufung beim Landgerichte ein und hier wurde nach 2 1/2-tägiger Verhandlung unter Ueberbückung sämtlicher Kosten auf die Staatskasse auf Verwerfung der Berufung erkannt.

## Ausland.

Die Wiener Maurer hatten eine Lohnerrhöhung von 10 bis 25 pCt., Abschaffung der Akkordarbeit und Gewährung einer Vesperpause gefordert. Die Meister haben diese Forderungen rundweg abgelehnt; ob es nun zu einem Streit kommen wird, bleibt abzuwarten. — Der Maurerstreik in Wödling und Hinterbrühl ist für beendet erklärt, da die Meister vor den Behörden das bestimmte Versprechen abgaben, in einiger Zeit dem Verlangen der Arbeiter (Beginn der Arbeit um 7 Uhr morgens) nachzukommen.

Ueber die Streiks in Italien im Jahre 1896 hat das Ministerium für Handel soeben einen Bericht veröffentlicht, aus dem ersichtlich ist, daß die Anzahl und der Umfang der Gewerkschaftstreiks dieses Jahr größer war, als in irgend einem anderen Jahre. 1896 waren 211 Ausstände mit 98.151 beteiligten Arbeitern, während 1895 188 Ausstände mit nur 21.018 beteiligten Arbeitern stattfanden. Diese Steigerung in den Zahlen für 1896 verurteilte erstens der allgemeine Ausstand der Strohflechter in der Provinz Florenz, an welchem sich 40.950 Arbeiter beteiligten, und zweitens die vielen Ausstände (47 zusammen), welche in den sizilianischen Schwefelgruben stattfanden, an fast von denselben nahmen 18.400 Arbeiter teil. Hinsichtlich der Ausstände der Bergarbeiter in den sizilianischen Schwefelgruben, sagt der Bericht, daß diese Streiks ihren Grund in dem Steigen des Schwefelpreises (seit der Gründung der Anglo-Sizilianischen Schwefelgesellschaft) hatten und in den fortwährenden Versuchen der Arbeiter, ihre Löhne wieder auf den Stand zu bringen, welchen sie vor dem Fallen der Schwefelpreise einnahmen. Es sieht sehr, daß 1896 in den Distrikten, in denen die Ausstände stattfanden, die Tageslöhne der Hauer durchschnittlich um 40 Pf. und die der Knaben um 31 Pf. in die Höhe gingen. — Die Gesamtzahl der durch die Streiks 1896 verlorenen Arbeitstage war 1.152.608, verglichen mit 146.473 im Jahre 1895. — Im allgemeinen waren 70 pCt. aller 1896 an Ausständen beteiligten Personen vollständig erfolgreich (verglichen mit 31 pCt. in 1895), 18 pCt. waren teilweise erfolgreich (verglichen mit 89 pCt.) und 12 pCt. ohne Erfolg (verglichen mit 80 pCt.). Die große Steigerung in dem Verhältnis erfolgreicher Streikender in 1896 verurteilte die Thatfache, daß der Ausstand der Florenter Strohflechter von Erfolg war.

Am Samstag wird unter dem 6. April gemeldet: Infolge Streiks sämtlicher Angestellten der hiesigen Gasanstalt herrschte gestern im größten Theil der Stadt Finsterniß. Nur wenige Straßen, welche elektrisches Licht haben, waren beleuchtet.

## Soziales.

Der Arbeitsmarkt im März. Nach den Berichten der Arbeitsnachweis-Verwaltungen an die Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ bewarben sich um 100 ausgebotene Stellen im März dieses Jahres 108,8 Personen gegen 110,6 im selben Monat des vorigen Jahres. Von 49 Arbeitsnachweisen liegen vergleichbare Daten vor. Von diesen weisen im Vergleich zum März vorigen Jahres 23 (und 3 ausländische) eine Abnahme, 23 eine Zunahme der Arbeitslosen auf.

Abgenommen hat der Arbeitslosenandrang in Posen, Pignorf, Kiel, Gera, Hannover, Osnabrück, Ebersfeld, Düsseldorf, Köln, Kreuznach, Gießen, Darmstadt, Mannheim, Konstanz, Pforzheim, Rastatt, Ludwigsburg, Eßlingen, Reutlingen, Wöppingen, Ulm, Jülich, Nürnberg, Wien, Brunn, Bern.

Eine Zunahme war zu verzeichnen in Breslau, Frankfurt a. O., Berlin, Halle a. S., Quedlinburg, Erfurt, Münster, Hörde, Gien, M. Gladbach, Aachen, Bielefeld, Frankfurt a. M., Worms, Kaiserslautern, Heidelberg, Bahr, Freiburg, Schopfheim, Stuttgart, Heilbronn, Augsburg, München.

Centralisation des Arbeitsnachweises in Hamburg. Um möglichst genaues Material über die Zahl der jeweils vorhandenen Arbeitslosen Hamburgs zu schaffen, plant die Patriotische Gesellschaft, in Verbindung mit ihrem Arbeitsnachweis eine Centralstelle zu errichten, wozu die übrigen Arbeitsnachweise Hamburgs, etwa 70 an der Zahl, regelmäßig berichten sollen. Die Verhandlungen sind, wie der „Hamburgische Korrespondent“ hört, bereits eingeleitet.

Arbeiter-Risiko. In der Norddeutschen Reismühle in Hamburg erlitt ein Arbeiter in Reismassen, von denen er verschüttet worden war.

Der Eisenberaub im Deutschen Reich belief sich nach einer vom Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller aufgestellten Statistik im Jahre 1897 auf 104,4 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung, während die eigene Produktion 129,8 Kilogramm pro Kopf betrug. Wie sehr Eisenproduktion und Eisenverbrauch in Deutschland zugenommen haben, geht aus einem Vergleich mit früheren Jahren hervor. Nach derselben Statistik betrug im Durchschnitt der Jahre 1861 bis 1864 die Produktion pro Kopf 21,8 Kilogramm, der Verbrauch 25,2 Kilogramm. Damals also war der Konsum in Deutschland noch stärker als die eigene Erzeugung. Dieses Verhältnis hielt auch bis zur Mitte der sechziger Jahre an. Im Jahre 1874 belief sich die Produktion auf 46,9 Kilogramm pro Kopf und der Verbrauch auf 52,1 Kilogramm. Von da an änderte sich jedoch das Verhältnis, und die deutsche Eisenproduktion nahm fast stetig zu. Im Jahre 1886 hatte sie 75,8 Kilogramm pro Kopf erreicht. Einige Jahre hindurch war der Unterschied zwischen heimischer Produktion und heimischer Konsumtion recht beträchtlich, am bedeutendsten wohl in den Jahren 1888 und 1895, wo auf die Produktion 90,0 und 105,1 Kilogramm, auf die Konsumtion nur 66,6 und 71,9 Kilogramm kamen, also Differenzen von 33,4 und 33,2 Kilogramm vorhanden waren. In den letzten Jahren hat die Differenz etwas abgenommen, 1896 betrug sie 21,3 und 1897 25,4 Kilogramm.

Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Ueber die Erfahrungen, die in der schweizerischen Stadt Karau mit der Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in den Schulen gemacht worden sind, wird im schweizerischen Schulprogramm berichtet:

„Es wäre wohl verfehlt (nach einem Jahre), jetzt schon über die neue Einrichtung endgültig zu urtheilen; gerne wollen wir aber konstatieren, was die von uns am Ende des Schuljahres vorgenommene Inspektion ergab, daß der Zustand der unentgeltlich verabreichten Lehrmittel und die sorgfältige Behandlung derselben seitens der Schüler auf allen Stufen und mit höchst wenigen Ausnahmen überraschend trefflich und erfreulich waren. Die neue Ordnung der Dinge hat, abgesehen von manchen anderen Vortheilen sozialer, ökonomischer und pädagogischer Art, schon im Anfangsstadium den Beweis erbracht, daß sie, richtig und konsequent gehandhabt, auch ein ganz wesentlicher sittlicher Faktor in der Schulerziehung ist, die Schüler von der ersten bis zur letzten Stufe zu gewissenhafter Schonung und Behandlung anvertrauten Gütes, zu Ordnungsliebe, Sorgfalt und Reinlichkeit anzuhalten.“

## Soziale Rechtspflege.

In einer Klagesache gegen die Berliner Arbeiterkolonie stand gestern vor dem Gewerbegericht Termin an. Der Vorsitzende Assessor Dr. Genth wies sofort darauf hin, daß das Gewerbegericht unzuständig sei und in eine materielle Verhandlung erst gerichtet eingetreten werden könne. Die Arbeiterkolonie sei eine „Wohltätigkeitsanstalt“ (1) und kein Gewerbebetrieb. Der Kläger, der in der Kirchenstraße der Kolonie thätig gewesen war, erklärte darauf das Institut für ein in d. u. r. i. e. l. l. e. s. E. t. a. b. l. i. s. s. e. m. e. n. t. und setze Daaren um und arbeite mit Tantiömen. Der Vorsitzende betonte dem gegenüber, alles das ändere nichts an der Thatfache, daß es sich um eine milde Stiftung handle und nicht um einen Gewerbebetrieb. Der Kläger zog nunmehr die Klage wegen sachlicher Unzuständigkeit des Gewerbegerichts zurück. Er wird sich an das Amtsgericht wenden. Aus einer seiner Neußerungen geht hervor, daß man ihn wegen einiger Verstoße gegen die Hausordnung, die er übrigens bestritt, sechs Procent des in fünf Monaten angesammelten sogenannten Guthabens vorenthalten hat. Die milde Stiftung hat sich hier anscheinend nicht sehr milde gezeigt.

## Gerichts-Beilage.

Am Donnerstag wird vor der 9. Strafkammer der Chefs diebstahl zur Verhandlung kommen, der Ende Dezember v. J. zum Nachtheil der hiesigen Firma S. Wolff in der Burgstraße angeführt worden ist. Seinerzeit war man anfänglich der Meinung, daß es sich um eine internationale Diebstahlsbande handle, bis sich dann herausstellte, daß der Posthilfsbote Theodor Stukky zwei Briefe, in denen sich zwei englische Chefs über 5000 und 32.000 M. befanden, zur Bestellung erhalten, aber unterdrückt und dann mit Hilfe seines nach Königsberg i. Pr. zu diesem Zweck entsandten Schwagers, des Röniger-Gehilfen Eduard Perpließ, von dort aus in höchst verschlagener Weise unter dem Namen S. Wolff die Gelder durch Vermittlung hiesiger Bankhäuser sich hatte anzueignen lassen. Perpließ war, nachdem er seinen Antheil an dem erschwindelten Gelde erhalten, flüchtig geworden, ist dann aber festgenommen worden. Außer den beiden Männern wird sich auch die Ehefrau des Stukky unter der Anklage der Beihilfe zu verantworten haben. Der größte Theil des Geldes ist bekanntlich durch die Kriminalpolizei bei Stukky noch angefangen worden; er hatte es in einem mittels eines Zentrumbohrers angebohrten Bettposten versteckt. In der heutigen Verhandlung hat Rechtsanwalt Dr. Schwindt auch einige Zeugen laden lassen, die über den Geisteszustand des Stukky vernommen werden sollen. Der Verteidiger bezweifelt nämlich die geistige Gesundheit des Angeklagten und macht geltend, daß derselbe schon in jungen Jahren in Osterwedel im Harz eine „Apostolische Gemeinde“ begründet und in der dortigen Gegend sein Wesen als Apostel betrieben habe, daß er vielfach behauptete, mit Gott Unterredungen gehabt zu haben und daß in der Untersuchungsphase seine überspannten Religions-Ideen wieder stark zum Ausdruck gekommen seien. Als Gutachter ist der Psychiater Dr. Leppow geladen.

Einen prinzipiellen Rechtsstreik wegen Verabreichung von Polizeikosten führte die Stadt Berlin, vertreten durch ihren Magistrat, gegen den Oberpräsidenten. Bis vor kurzem übten die städtischen Behörden nicht nur die Kontrolle des Schulbesuchs aus, sondern sie betrieben auch die Festsetzung und Vollstreckung der auf Schulversummisse stehenden Strafen. Durch einen Erlaß des Oberpräsidenten und durch eine Verfügung des Provinzial-Schulcollegiums wurde der Stadt ausgeben, von jetzt ab nicht mehr selbst durch ihre Organe die Befragung der Schuldigen zu verfahren, sondern bei Schulversummissen dem Polizeipräsidenten behufs Strafverfolgung Anzeige zu machen. Als nun der Oberpräsident in seinem Festsetzungsbeschluss über die von der Stadt zu leistenden Polizeikosten für 1897/98 mit Rücksicht auf die Uebertragung der örtlichen Straßenaufpolizei an den Magistrat den Normal-Beitragsfuß von 2,50 M. pro Kopf der Zivilbevölkerung auf 2,41 M. ermäßigte, da beantragte der Magistrat eine weitere Ermäßigung dieses Satzes um 2 Pfennig, das heißt, er wollte jährlich noch 87.531 Mark an Polizeikosten weniger zahlen. Er begründete diesen Ermäßigungsanspruch damit, daß die Verwaltung der Schulpolizei der Stadt, so weit sie ihr verblieben ist, jährlich 87.531 M. koste und daß der Staat so viel erspare. Der Oberpräsident wies den Anspruch zurück, worauf der Magistrat beim Oberverwaltungsgericht klagte. Der erste Senat verwarf ebenfalls die Forderung als unbegründet und führte aus: Die Stadt bezwe. die Schuldeputation habe nur noch die Schulversummisse festzusetzen, zu prüfen, ob eine genügende Entscheidung vorliegt, und Ermahnungen und Verwarungen zu ertheilen. Das seien nur Theile der Unterrichtsverwaltung nicht aber Akte der Schulpolizei. Als solche Charakterisiren sich erst die Anwendung von Zwang und die Verhängung von Strafen wegen der Schulversummisse und dergleichen. Somit läßt die Stadt überhaupt keine Schulpolizei mehr aus; die geforderte Ermäßigung der Polizeikosten sei also mit recht verweigert worden.

Eine abfällige Kritik der Amtsthätigkeit des Polizeipräsidenten v. Windheim führte gestern den Schriftwaler Seefeldt unter der Anklage der Beleidigung vor die achte Strafkammer des Landgerichts I. Als der Angeklagte am 16. Dezbr. v. J. ein Schanklokal in der Gorkowskistraße betrat, besand er sich in Erregung, weil er soeben ein Strafmandat in Höhe von 2 M. wegen einer geringfügigen Gewerbeübertretung erhalten hatte. Er machte seinem Unmuthe hierüber dem Wirth gegenüber Luft, belegte den Polizeipräsidenten mit einer mißachtenden Bezeichnung und meinte, daß derselbe die Verpflichtung habe, jede neue von ihm erlassene Verordnung jedra Gewerbebetreibenden gedruckt zu geben oder sie durch die Litsch-Säulen bekannt machen zu lassen. Als der Wirth ihm rieth, seine Zunge zu zügeln, da noch mehrere Schupsteine im Lokale anwesend seien, soll der Angeklagte auch mit bezug auf diese Beamten eine beleidigende Wennerung gethan haben. Bei den widersprechenden Aussagen in betref des zweiten Theils der Anklage hielt der Gerichtshof die Schuld des Seefeldt nicht für erwiesen; dagegen wurde die Beleidigung des Polizeipräsidenten für vorliegend erachtet und hierfür auf eine Geldstrafe von 30 M. erkannt.

Bei dem Generalagenten Friedrich Schwarz, welcher eine ankündigende Fahrad-Fabrik betreibt, wurden auf Antrag der Firma Franz Hansfänger in München Anfang d. J. 56 Stück Melanoplata beschlagnahmt, weil sie im wesentlichen eine Nachbildung des von dem norwegischen Maler Hans Dahl gemalten Bildes „Auf einer Landstraße in Norwegen“ darstellten, dessen Vertriebsrecht von der Firma Hansfänger erworben worden war. Weiter erkannte die achte Strafkammer des Landgerichts I auf Eingiehung der Plakate, nachdem die Nachbildung durch den Augenschein festgestellt worden war. Der Antrag des Nebenklägers gegen Schwarz, außerdem auf eine Geldbuße zu erkennen, wurde abgelehnt, da nicht zu erweisen sei, daß derselbe wirklich gehandelt.

Die Verzweiflungsthat einer Verlassenen forderte heute die Milde der zur II. Strafkammer des Landgerichts II gehörigen Richter heraus. Wegen veruchter Erpressung war die unverheiratete Frieda D., zuletzt in Schöneberg ortsangehörig, angeklagt. Die ganze Verhandlung beschränkte sich auf das Beständnis der Angeklagten. Sie erzählte den Richtern, daß sie aus anständiger Familie stamme (wofür auch ihr Exterieur und ihre gebildete Ausdrucksweise Zeugnis ablegte), daß ihre Eltern aber längst gestorben seien und sie mittellos zurückgelassen hätten. Um ihren Unterhalt zu finden, habe sie sich als Dienstmädchen vermiehet. Dabei sei ihr jedoch ihre Schwerhörigkeit sehr hinderlich gewesen. Im Jahre 1893 habe sie die Bekanntschaft des Papiers-Fabrik-Dirigenten Alfred Müller in Calbe a. d. S. gemacht, dem sie sich nach erfolgtem Eheversprechen zu eigen gegeben habe. Als sie aber später Mutter geworden, da habe sie der Bräutigam höhnisch verlassen und als sie denselben wegen Erfüllung seiner Alimentspflicht verklagte, da habe er zwar nicht die Eaterschaft bestritten, sich aber hinter den Einwand verschrankt, daß sie schon einmal Mutter gewesen sei. Deshalb sei sie mit ihren Klagen-Ansprüchen abgewiesen worden. In ihrer Noth und der absoluten Unmöglichkeit, das Kind erhalten zu können, habe sie dasselbe an gutstürzte Leute in Hamburg „verschifft“, die Adeptin-Etern seien aber kurz nach einander plötzlich verstorben und so sei ihr das Kind wieder zugestellt worden. Infolge ihrer Schwerhörigkeit war sie zu jener Zeit wieder stumm geworden, sie mußte das Kind daher der Armenverwaltung übergeben, welche dasselbe nach der Heimathbehörde der Mutter in Mecklenburg beförderte. Die Heimathbehörde habe sie jedoch unangeführt gedrängt, selbst für das Kind zu sorgen, entweder Pflegegeld einzuschicken, oder das Kind abzuholen. So lange sie im Dienst war, habe sie dafür gesorgt, aber ihr Gehörleiden habe ihr jede Stellung verweigert, und so müsse sie sich seit langer Zeit mit einer Aufwartestelle begnügen, für welche sie monatlich zwölf Mark erhalte. Davon müsse sie sechs Mark Miete bezahlen, und sechs Mark blieben ihr daher für den gesammten monatlichen Lebensunterhalt. Sie ist darauf nach Calbe a. S. gereist und hat Herrn „Fabrikdirigenten“

Alfred Müller fast katechistisch um eine Unterscheidung für das Kind gebeten, ist aber abgewiesen worden. Am 8. November schrieb sie noch einmal an den Vater des Kindes, Herrn Müller, und bat wenigstens um 30 Mark. Sie schickte aber ihrer Bitte hinzu: „Wenn Sie mich nicht erhören, dann mache ich Ihnen eine Scene. Ich bringe dann das Kind nach Calbe und direkt in Ihre Fabrik. Ich verschone Sie nicht mehr! Es steht Ihnen frei, diesen Brief der Polizei zu übergeben, aber ich schwöre Ihnen, Sie sind der Vater meines Kindes!“ Als einjährige Antwort erhielt sie die Ankündigung, der „Fabrikdiregent“ Alfred Müller war als Zeuge geladen, nach dem Befund der Augenscheinbedurftes sei seiner Vernehmung nicht, aber seine Zeugnis sollte er doch wohl erhalten, denn vor Verkündigung des Urtheils trug der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Stüber dem Gerichtsdienste auf „Küßen Sie den Jungen herein!“ Als dies geschehen war, verkündete der Vorsitzende mit erhobener Stimme: „Vom menschlichen Standpunkte möchte der Gerichtshof freisprechen! Der Zeuge Müller hat eine moralische Pflicht, für das Kind zu sorgen. Das Kind ist sein Kind! Er hat ja auch nur den Einwand des Vorlebens dagegen erhoben, dagegen hat er nicht abgelehnt, daß es sein Kind ist. Nur aus rein äußerlichen Gründen hat er sich seiner Verpflichtung entzogen, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als ihm nicht die Noth zu einem solchen Verhalten zwang, denn als Leiter einer Fabrik war ihm die Möglichkeit zur Pflichterfüllung gegeben. Im juristischen Sinne liegt aber eine veruchte Erpressung vor. Der Gerichtshof mußte daher verurtheilen. Leider ist die niedrigste Strafe eine Woche Gefängnis und unter dieser Strafmaß konnte — leider — nicht herabgelassen werden.“

Eine recht energische Handwirthin erschien heute in der Frau Rentier Klostermann vor der vierten Strafkammer am Landgericht II in einer Privatbeleidigungssache. Der Vorsitzende schien die Frau bereits zu kennen, denn während des Antritts meinte er zu den Beisitzern: „Seht kommt Frau Klostermann, da ist jeder Vergleichsverfuch vergeblich!“ Der Ghemann der Frau Klostermann ist Besitzer des Hauses Gossowstraße 8 in Berlin W. In diesem Hause wohnte bis vor einiger Zeit der Hof-Buchdruckereibesitzer Gallinek (in Firma Gbbede u. Gallinek). Zwischen Wirth und Miether hatte es schon mehrfach Reibereien gegeben, die in der Exklusivität der Miethpartei ihre unglückliche Ursache hatten. Schließlich war Herr Gallinek auf Ermittlung verklagt worden. Am 25. Januar wurde der Handwirth mit seiner Klage abgewiesen, worüber Frau K. am meisten empört war. Als Frau Gallinek nachmittags einen Ausgang machen wollte, sah sie voraus, daß sie vor der eine Treppe tiefer belegenen Wohnung der Frau K. nicht ohne Insulten vorüberkommen werde. Der Vorfall halber ließ sie sich daher von ihrem Dienstmädchen die Treppe herab begleiten. Eben war sie an der K. sehen Thür vorüber, da wurde diese mit Behemung aufgerissen und hinter ihr erdarte der Ruf: „Solche Schweinejuden kriegen was mit der Reipetische! Wändeljuden infame!“ Frau Gallinek hat darauf zurückgerufen: „Das ist eine Unverschämtheit!“ und wegen dieser Antwort erhob die Frau K. Widerklage, nachdem sie von Herrn G. wegen des seiner Frau angethanen Schimpfs verklagt worden war. Das Schöffengericht hatte die Sache als eine gegenseitige Schimpfferei angesehen und auf Kompensation erkannt, auch jeder Partei die Hälfte der Kosten auferlegt. Frau K. beruhigte sich bei dem Urtheil, Herr G. aber legte namens seiner Frau Berufung ein. Heute trat die Tochter der Frau K. mit der Behauptung auf, daß sie es gewesen sei, welche die Schimpfworte hinter einem jüdischen Händler mit alten Kleidern hergerufen habe, der eben an ihrer Thür geklingelt hatte. Der Gerichtshof schenkte dieser Darstellung keinen Glauben und gewann im übrigen ein ganz anderes Bild von der Sachlage. Die Beleidigung sei eine sehr schwere und wenn der Gerichtshof nur auf eine Geldstrafe von 80 M. erkannt habe, so sei dies lediglich mit Rücksicht darauf geschehen, daß Frau K. sehr gereizt gewesen sein möge, weil sie beziehungsweise ihr Mann an demselben Tage einen Prozeß gegen den Kläger verloren hatte. Außerdem wurden der Frau K. die Kosten der ersten wie der zweiten Instanz auferlegt.

## Verfassungen.

Im Arbeitervertreter-Verein referirte am Dienstag Dr. med. Friedeberg über einen Besuch, den der Verein am 27. März der berufsgenossenschaftlichen Heilanstalt Neu-Nahnsdorf gemacht hat. Der Referent erinnert daran, daß diese Anstalt schon früher die Aufmerksamkeit der Arbeiter erregt habe, daß die daselbst herrschenden Mißstände bereits vor zwei Jahren im „Vorwärts“ besprochen worden sind, und daß dann auch seitens des Reichs-Verkehrsungs-Amtes der Anstalt ein Besuch gemacht wurde, diese Behörde aber die veröffentlichten Beschwerden als übertrieben bezeichnet habe. Neuerdings seien wieder Klagen über Neu-Nahnsdorf laut geworden und deshalb habe der Arbeitervertreter-Verein der Anstalt einen erneuten Besuch gemacht. Das Resultat der bei dieser Gelegenheit gemachten Wahrnehmungen lasse sich in die Worte zusammenfassen: Eine Musteranstalt ist Neu-Nahnsdorf durchaus nicht. Während Krankenhäuser und Spitäler die Aufgabe haben, den Patienten um ihrer selbst willen zu helfen, richte die Neu-Nahnsdorf, ebenso wie alle berufsgenossenschaftlichen Heilanstalten, ihr Augenmerk in erster Linie darauf, daß die in der Berufsgenossenschaft vertretenen Unternehmer möglichst von den finanziellen Lasten, die ihnen die Anfälle bringen, befreit werden. Diese Anstalten seien also im Interesse der Kapitalisten und nicht im Interesse der Kranken errichtet, woraus sich die daselbst herrschenden Mängel zum Theil erklären. An sich ließe sich gegen solche Anstalten nichts einwenden, unter den herrschenden Verhältnissen händen sie aber in einem scharfen Gegensatz zu anderen Krankenhäusern. In Neu-Nahnsdorf mache sich vor allem ein auffälliger Raummangel bemerkbar. Ein Saal — der sog. Arbeitsaal — ist 14,08 Meter lang, 11,70 Meter breit und 4 Meter, in der Höhe 6 Meter hoch. Er ist mit 24 Personen besetzt, was einen Luftraum von 90 Kubikmeter pro Kopf ergibt. Das würde ja zur Noth ausreichen. Summirt man die von Hygienikern 40, ja 60 Kubikmeter Luftraum pro Kopf gefordert. Andere Säle, in denen je 41 Personen untergebracht sind, dehnen sich zwar mehr in die Länge aus, sind aber bedeutend schmaler, so daß die Raumverhältnisse hier als noch ungünstiger bezeichnet werden müssen. In der ganzen Anstalt finde sich nichts, was geeignet sei, den Kranken den Aufenthalt angenehmer zu machen. Der Redner wolle gar nicht so weit gehen, einen Blumen- und Bilder-Schmuck zu verlangen, wie er in englischen Krankenhäusern üblich sei, um das Auge des Kranken zu erfreuen, aber es müsse doch wenigstens etwas für die Unterhaltung der Patienten geschehen, die ja nur äußerlich verkehrt, im übrigen gesund sind, und daher ein Bedürfnis haben sich zu unterhalten, um sich aus der gedrückten Stimmung zu befreien, die der Aufenthalt in Krankenhäusern hervorruft. Brettspiele, Ringspiele, Luftseilbahn u. dergl. würden diesen Zweck erfüllen. Für geistige Nahrung sei gar nicht gesorgt, denn die in der Bibliothek enthaltenen alten Schmöker könnten das Fesbedürfnis der Arbeiter durchaus nicht befriedigen. Die Anstalt Neu-Nahnsdorf könne nicht betrachtet werden als ein Raum, in welchem die Insassen Futter und Schlafsäle erhalten. Zum Aufenthalt seien die Räume — die nur Schlafsäle sind — nicht geeignet. Der auffällige Raummangel bringe es mit sich, daß die Handwirthin — z. B. das Rauchverbot in den Schlafsälen — gar nicht aufrecht erhalten werden könne. Die Art der Verwaltung sei eine unzulängliche. Es scheine keine Fühlung zwischen Leitung und Dienstpersonal zu bestehen, denn man sehe, daß, wenn die Verwaltung Anordnungen erlassen habe, diese doch von dem Personal nicht ausgeführt würden. Nur so lasse sich erklären, daß in der Anstalt unzulänglich viel Schmutz herrsche. Wenn man mit dem Saal, ohne besondere Mühe, auf die Bettdecken schlägt, so fliege eine dicke Staubwolke empor, was einen mitanwesenden Bäder zu der Bemerkung veranlaßte, daß sei ja, als wenn man auf einen Mehlack schlägt. Ein Anstaltsarzt habe den Besuchern gesagt, die Fußböden würden täglich aufgewischt, Patienten hätten dagegen behauptet, daß geschehe nur alle acht Tage einmal. Diese Angabe sei sehr wahrscheinlich, denn unter den Betten habe man zahlreiche

Staubknoten gesehen, auch sonst finde sich Schmutz in großen Massen vor. Die Klosets und die Wascheimer seien unreinlich gehalten. In einigen Wascheimer befand sich eine zentimeterhohe fettige Schmutzschicht. Diese Unsauberkeiten mögen ja theils auch von den Patienten verschuldet sein; sie sollten energisch auf Abhilfe dringen, nöthigenfalls, soweit sie dazu im Stande sind, selber mit Hand anlegen. Für die 24 im sog. Arbeitsaal untergebrachten Personen sei nur ein Kloset vorhanden, welches 80 Zentimeter lang, 60 Zentimeter breit ist und gleichzeitig als Visitoirdient. Unter dem undichten Abflußrohr desselben steht eine Blechbüchse, die wegen der Kleinheit des Raumes natürlich oft unverseht umgestoßen wird und ihren elastischen Inhalt auf den Fußboden entleert. Die Bettwäsche werde in genügender Weise gewechselt. Die Matratzen — wahrscheinlich mit Seegras gepolstert — würden nach längerem Gebrauche nicht mehr in gutem Zustande sein. Die Bettwäsche werde alle acht Tage gewechselt, womit man zufrieden sein könne. Die Beschaffenheit des Essens sei im großen und ganzen ebenfalls zufriedenstellend, jedoch mache sich auch hier die allgemein herrschende Unsauberkeit bemerkbar. Es solle beispielsweise vorkommen, daß der Topf, in dem der Morgentee verabreicht wurde, ungerührt am Abend wieder benutzt werden mußte. Ein sehr wunder Punkt sei die mangelnde Fürsorge für den Auswurf der Patienten. Es seien nur wenige offene, flache Spuchnapfe vorhanden. Abgesehen davon, daß dieselben im höchsten Grade unappetitlich aussehend, seien sie auch in hygienischer Hinsicht zu verwerfen und deren Ersatz durch verdeckte, mit Wasser gefüllte und in größerer Zahl aufzustellende Spuchnapfe zu fordern. Das sei deshalb besonders wichtig, weil man annehmen könne, daß unter einer so großen Zahl von Patienten aus dem Arbeiterstande sich immer einige Lungenleidende befinden werden, und daß das unvorsichtige Umgehen mit dem Auswurf derselben eine unmittelbare Gefahr für die anderen sei. Wünschenswerth wäre es, daß die Zementfußböden mit Decken belegt und die Wände öfter von dem Staube gereinigt werden, der jetzt so hoch an denselben liegt, daß die Kranken ihre Namen darin schreiben können. Nachtheilig für die Patienten sei es auch, daß die Heizkörper der Zentralheizung nicht mit einem Schutzmantel umgeben seien, um den schädlichen Einfluß der strahlenden Wärme auf den menschlichen Körper zu verhindern. Was die ärztliche Behandlung anbetrifft, so müsse man die Klagen der Patienten mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen. Im allgemeinen scheine die Behandlung eine zweckentsprechende zu sein. Die Arzneien seien aber zu sehr aufgelöst, und deshalb könne den einzelnen Patienten — mögen die Arzneien auch noch so tüchtig sein — den besten Willen haben — nicht die erforderliche Sorgfalt in der Behandlung zu Theil werden. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß der Arbeitervertreter-Verein noch oft solche Exkursionen machen und durch Aufdeckung vorhandener Mißstände zu deren Beseitigung beitragen möge. — Mehrere Mitglieder, die an dem Besuche der Anstalt theilgenommen hatten, fügten den Ausführungen des Referenten noch manche dieselben bekräftigenden persönlichen Wahrnehmungen hinzu. Zur Beseitigung der Mißstände in Neu-Nahnsdorf wurde vorgeschlagen, durch eine Petition an den Reichstag den Bundesrath zum Erlass einer entsprechenden Verordnung zu bewegen, oder den Landrath des Kreises Nieder-Barnim zum Einschreiten zu veranlassen. Dr. Friedeberg bemerkte, er halte nichts von einem solchen Vorgehen, er werde aber dem Reichstags-Abgeordneten für Nieder-Barnim, Genossen Stadthagen, die Sache übergeben, damit er sie bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage zur Sprache bringen könne. — Unter „Verschiedenes“ wurden einige Vorkommnisse in Krankenhäusern besprochen.

Die Händler und Händlerinnen hatten sich am Dienstag in einer stark besuchten Versammlung eingefunden, um gegen die neue Polizeiverordnung Protest zu erheben. Nach einem einleitenden Referat des Genossen Zahn über die Wirkungen der neuen Polizeiverordnung“ entspann sich eine sehr lebhaft und ausdauernde Diskussion, an der sich außer Trunsch, Luther, Paul, Schröder eine Anzahl Händler und Händlerinnen theilnahmen. Von einem Redner wurde dabei erwähnt, daß man einem Straßenhändler zwar erst das Wagnis abgenommen, ihn aber nachdem sofort aus der Nähe der Markthalle verwiesen habe. Uebrigens seien bereits eine große Anzahl Sittirungen erfolgt. Schließlich gelangte eine von Liebe gestellte Resolution zur Annahme, in der gegen die neue Polizeiverordnung protestirt und eine Petition um Einschränkung derselben angekündigt wird. — Der Bericht der Agitationskommission soll in einer späteren Versammlung erstattet werden. Trunsch berichtete über seine Thätigkeit als Delegirter der Gewerkschaftskommission, wobei er die Zustände in den Markthallen einer scharfen Kritik unterzog, worauf Liebe als Delegirter gewählt wurde. Unter Verschiedenem wurde allen Händlern und Händlerinnen empfohlen, anstatt der bürgerlichen Blätter den „Vorwärts“ zu lesen und sich der „Freien Vereinigung der Händler und Händlerinnen“ anzuschließen.

Eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter tagte am Dienstag im Englischen Garten, um zu dem bevorstehenden Kongreß der Steinarbeiter Stellung zu nehmen. Von mehreren Rednern wurde die Nothwendigkeit dieses außerordentlichen Kongresses, der eigentlich erst im Jahre 1899 stattfinden dürfte, deweist, während andererseits die Abhaltung desselben als dringlich bezeichnet wurde. Nach einer längeren Debatte über diese Frage und nach einer Generaldiskussion über die aufgestellte Tagesordnung wurde eine Resolution, in der verlangt wird, daß dieser Kongreß im Hinblick auf die hohen Kosten anständig, aber die Punkte: Anstellung eines zweiten Beamten für die Geschäftsleitung und Regelung der Beiträge durch Urabstimmung entschieden wird und die anderen Punkte bis zum nächsten Jahre vertagt werden, abgelehnt. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die Diskussion über die Tagesordnung des Kongresses in einer über 14 Tage stattfindenden Versammlung fortgesetzt und die Delegirtenwahl vorgenommen werden soll. Wie aus der Diskussion zu entnehmen war, hat die Organisation in den letzten Jahren ganz bedeutende Fortschritte zu verzeichnen und in ca. 175 Orten Filialen anzuweisen. Die Abonnentenzahl des „Steinarbeiter“ ist auf das Doppelte, gegenwärtig über 4500 gestiegen, so daß eine Vergrößerung des Blattes in Aussicht genommen ist.

Im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter wurde in der Generalversammlung am Sonnabend, den 2. April, der Kollege Daxlow an stelle des früheren ersten Vorsitzenden, der infolge Uebernahme eines geschäftlichen Unternehmens gezwungen ist, sein Amt niederzulegen, einstimmig gewählt. Hierauf folgte die Verathung über den Entwurf des neuen Vereinsstatuts; es wurde u. a. beschlossen, den Mitgliedern, welche auf grund ihrer Agitation für den Fachverein gemacht werden, einen wöchentlichen Unterstutzung von 15 M. zu gewähren. Bei Streik jedoch unterliegt die Höhe der zu zahlenden Unterstutzung dem Beschluß der Vereinsversammlung.

Die Handwerker und die Packer hielten am Montag, den 4. April, ihre regelmäßige Versammlung ab. Genosse Pörsch hielt einen heifäßigen ausgenommenen Vortrag über: „Die soziale Bewegung der Gegenwart“. Eine Diskussion fand nicht statt. Zum dritten Punkt: Verbandangelegenheiten, wurde ein Antrag S a u m a n n ' s, die regelmäßigen Sektionsversammlungen der Handwerker nicht am Montag nach dem 1., sondern Dienstag nach dem 15. stattfinden zu lassen, angenommen. Die nächste Versammlung soll am 17. Mai stattfinden, da die Generalversammlung auf den 17. April festgesetzt ist.

Der Verband der Maurer, Fabrikale Berlin I (Pöcher) hielt am 3. April seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher der Kassier die Abrechnung vom 1. Quartal vorlegte. Nach derselben betrug die Einnahme 1074,77 M., die Ausgabe 570,24 M., somit ein Bestand von 504,53 M. bleibt. Nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

In dem Bericht über die Lage der Arbeiter der Firma Pöcher in der Sonntagsnummer heißt es, daß den Dreheren ein Lohnabzug von 19 pCt. gemacht worden sei. Diese Mittheilung ist dahin einzuschränken, daß dies nur für die Dreher in der „Auer-Abtheilung“ zutrifft.

Schöneberg. Am Montag, den 4. April, fand hier im Obfischen Lokale die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Zunächst gab der Kassier den Kasfenbericht vom 1. Quartal 1898; nach demselben betragen die Einnahmen 844,15 M., die Ausgaben 272,65 M., es bleibt mithin ein Bestand von 571,50 M. — Sodann brachte der Vorsitzende die am 1. April aufgenommene Statistik zur Verlesung. Der Verein zählt nach derselben 344 Mitglieder, die sich auf folgende Berufe vertheilen: Arbeiter 40, Barbier 4, Buchbinder 2, Buchdrucker 15, Bureau-Arbeiter 1, Bureauvorsteher 1, Bürstenmacher 1, Droguist 1, Drochlenbesitzer 1, Drochlenfischer 1, Fraiser 1, Gasarbeiter 2, Glaser 1, Hausdiener 2, Konfektionsarbeiter 1, Kohlenhändler 3, Kutscher 1, Lackirer 1, Landmesser 1, Lichtdrucker 1, Maurer 84, Metallarbeiter 42, Maler 6, Marmorarbeiter 1, Marmorarbeiter 1, Modellirer 1, Packer 1, Restaureur 9, Stundatoure 8, Stellmacher 2, Steinarbeiter 1, Steinleger 1, Stepper 1, Schuhmacher 8, Seiler 1, Sattler 3, Schriftehrer 1, Steinmetz 1, Schlächter 1, Tischler 26, Töpfer 2, Topfgräber 2, Werkführer 1, Xplograph 1, Zimmerer 45, Zigarrenhändler 2, Zigarrenmacher 2; davon sind 276 gewerkschaftlich organisiert, und 60 unorganisiert, von 8 Mitgliedern s. hien die näheren Angaben. Dem Alter nach vertheilen sich die Mitglieder: von 20—25 Jahren 27, 26—30 78, 31—35 90, 36—40 64, 41—45 42, 46—50 28 und über 50 Jahren 9 Mitglieder. — Hierauf wurde zur Ergänzungswahl des Vorstandes geschritten. Es wurden gewählt zum 2. Vorsitzenden Marquardt, 1. Kassier Schulze, 1. Bibliothekar Gärtner, zu Revisoren Liebenow, Richter und Casparj. — Hierauf wurde die in der vorherigen Versammlung abgebrochene Diskussion über die Vereinlichen Artikel fortgesetzt. Genosse Köster und Meiling hoben besonders die Widersprüche derselben zu unserem Programm hervor, während Genosse Franke meinte, daß das Programm einer anderen Formulirung bedürfe. Nachdem die drei Genossen sich längere Zeit über das Für und Wider ausgesprochen hatten, wurde die Diskussion abermals bis zur nächsten am 18. April stattfindenden Versammlung vertagt. — Zum Schluß machte noch der Genosse P a u m i ch die traurige Mittheilung, daß unser altes und treues Mitglied Albert Gabriel auf einem von verunglückt und schon seinen Verletzungen erlegen sei. Die Mitglieder ehten sein Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Baumhüttenweg. Am Sonntag, den 3. April, fand hier selbst eine Volksversammlung im Schulzischen Lokale statt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Jubel über die politische Lage und die bevorstehende Reichstagswahl. Da Genosse Jubel erkrankt war, sollte an dessen Stelle J a b e r -Köper referiren; trotzdem die Versammlung bis 8 Uhr vertagt wurde, war bis dahin der letztere auch nicht erschienen und mußte das Referat leider ausfallen. Der bisherige Vertrauensmann Ubricht erstattete über seine Thätigkeit seit Anfang November 1897 Bericht. Danach waren Einnahme insl. 85 45 M., Bestand 223,51 M., Ausgaben 192,90 M., bleibt Bestand 30,61 M. Unter Ausgaben sind 180 M. an den Kreis abgesetzt und 20,90 M. für eine Agitationstour aufgegeben. Es fanden während der Zeit 8 öffentliche Versammlungen statt. Ubricht wurde seitens der Revisoren entlastet und an seiner Stelle Paul Krebs, Baumhüttenstr. 32, gewählt.

Weißensee. Am Montag, 4. April, fand hier eine Volksversammlung statt, in welcher das Kommunal-Wahlkomitee Bericht gab und Rechnung legte. Die Abrechnung ergab einen Ueberschuß von 5,17 M. und wurden die Genossen Pohlel, Stahlberg und Velich als Revisoren des Wahlkomitees gewählt. Die Abrechnung des Vertrauensmannes ergab eine Einnahme von 520,01 M. und eine Ausgabe von 285,50 M., mithin Bestand 234,51 M.; es wurden die Genossen Taubmann, Peulert und Garh zu Revisoren des Vertrauensmannes gewählt. Zur Vorbereitung der Waise wurde ein Komitee, bestehend aus den Genossen Schilling, Jacobs, Garh, Winkler, Pasewaldt und Taubmann ernannt. Mit der Aufforderung um zahlreiche Theilnahme an der am Charfreitag früh 6 Uhr stattfindenden Agitationstour wurde die Versammlung geschlossen.

Generalverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedsschaft Berlin). Heute abends 8½ Uhr bei Schiller, Rosenhaldenstr. 67; Vortrag des Kollegen Greulich über „Stenographie“. Waise willkommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Geestemünde, 6. April. (W. T. B.) Der für die „Hamburg-America-Linie“ bestimmte Dampfer „Assyria“ ist heute auf Tecklenburgs-Werft vom Stapel gelaufen. Die „Assyria“, welche eine Tragfähigkeit von 9000 Tonn besitzt, ist das größte bisher auf einer Werft an der Weser erbaute Schiff.

Bremen, 6. April. (W. T. B.) „Hömann's Bureau“ meldet: Von der Flotte der Anglo-Linie in Hamburg werden nach einer zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-America-Linie getroffenen Vereinbarung die Dampfer „Bellona“, „Della“, „Sirena“, „Nobe“, „Oceana“, „Senta“ und „Thella“ in den Besitz des „Norddeutschen Lloyd“ übergeben.

Böln, 6. April. (W. T. B.) Die „Aölnische Zeitung“ meldet aus Madrid: Der amerikanische Gesandte Woodford bereitet seine Abreise vor. England wird mit der Wahrung der amerikanischen Interessen betraut.

Wien, 6. April. (W. T. B.) Der österreichische Touristenklub warnt dringend vor Partien in die nördlichen und südlichen Kalkalpen, weil dort noch viele Lawinen in Aussicht stehen, deren Sturz tagtäglich zu erwarten ist.

Wegen, 6. April. (W. T. B.) Durch das Lösösen großer Felsstücke vom Berge Mosna sind bei Roveredo viele Weinkulturen vernichtet worden.

Kraak, 6. April. (W. T. B.) Das Gericht verurtheilte heute den Sozialisten Wawrkewicz zu einem Jahre schweren Kerker, verschärf durch Fests, weil er gelegentlich der sozialistischen Demonstration gegen die Ovationen für den früheren Ministerpräsidenten Sabeni eine brennende Fackel in die Volksmenge geworfen hatte.

Budapest, 6. April. (W. T. B.) Das Projekt der Bildung eines ungarischen Kohlenartells ist in Folge der ablehnenden Haltung der ungarischen Regierung gescheitert.

Budapest, 6. April. (W. T. B.) Die ungarischen Gummibaaren-Fabriken haben ihre Preise um 15 pCt. erhöht.

Belgrad, 6. April. (W. T. B.) Der durch Hochwasser angerichtete Schaden in ganz Serbien ist merkbar. Besonders die Saaten haben sehr stark gelitten. Viele Duschasten stehen noch unter Wasser.

Stockholm, 6. April. (W. T. B.) Der schwedisch-norwegische Konsul in San Francisco telegraphirte heute an das Ministerium des Reichens: Eine Person namens Jakob Carr kam von Klaska nach der Departurebag und giebt vor, Briefe vom „Professor“ Anore mit sich zu führen; er weigert sich, nähere Aufschlüsse zu geben. Es werden Untersuchungen angefleht.

Washington, 6. April. (W. T. B.) Der Senat trat heute zu einer geheimen Sitzung zusammen. Um zwei Uhr ließ Präsi ent McKinley zwei Führer einer jeden Partei nach dem Weissen Hause rufen, um ihnen Aufklärung über die Lage zu geben. Nach diesem Vorgange wurde mitgetheilt, die Votschaft des Präsidenten werde heute nicht mehr an den Kongreß gelangen. Der Marinesekretär Long weigerte sich, zu sagen, ob die weitere Verschönerung der Votschaft dem Präsidenten zuzuschreiben sei, dem Generalconsul Lee und den übrigen Amerikanern das Verlassen Havanna's zu ermblichen, oder auf anderen Gründen beruhe.

Washington, 6. April. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Mac Kinley entsloh sich, seine Votschaft an den Kongreß nicht vor nächsten Montag zu übermitteln. Die Vertreter von Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien stellten gestern Nachmittag den Entwurf einer gemeinsamen Note fest, in welcher sie ihre guten Dienste zur Vermidung des Krieges anbieten. Man weiß noch nicht, ob die Note bereits überreicht ist.

Hongkong, 6. April. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Das Geschwader der Vereinigten Staaten Lichtet die Kuler; der amerikanische Befehlshaber hat den englischen Dampfer „Kauschan“ als Depotschiff, sowie Kohlenstoffe angekauft.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

12. Sitzung vom Mittwoch, den 6. April, nachmittags 5 Uhr.

In die Grundbesitzungs-Deputation wird mit 44 von 72 Stimmen Stadtv. Wallach gewählt; Stadtv. Fried erhält 27, Stadtv. Zylicz 1 Stimme.

Der Verkauf eines an der Wienerstraße belegenen Landstreifens an den Eisenbahnstetig zum Preise von 20 M. pro Quadratmeter wird entsprechend dem Ausschussantrage genehmigt. Es handelt sich um 3000 Quadratmeter. In einer Resolution wird zugleich der Magistrat ersucht, mit dem Eisenbahn-Stetig dahin in Verhandlung zu treten, daß zur Verbreiterung der Verbindung zwischen Einfließstraße und Spreewaldplatz ein Terrainstreifen abgetreten wird.

Weiter steht auf der Tagesordnung die Beschlußfassung über die Neuwahl des ersten Bürgermeisters und eines besoldeten Stadtraths.

Vorher Dr. Sangerhans hält für angemessen, auf die Thätigkeit des Oberbürgermeisters Zelle einen Rückblick zu werfen, da bezüglich der Neuwahl die aller verschiedensten Ansprüche und Ansichten hervortreten und man sich durch die Vorführung des Verlaufs der Amtszeit des heute noch Amtirenden am besten über die an den Nachfolger zu stellenden Ansprüche klar werde. Dem scheidenden Oberbürgermeister habe man die volle Anerkennung auszusprechen, daß er sich mit ganzer Hingebung seinem Amte gewidmet habe. (Beifall) Wohl alle bedauerten seinen Rücktritt. Die außerordentlichen Kenntnisse in der Verwaltungskunde, deren autoritativer Interpret er auch literarisch geworden sei, habe er in seinem Amte reichlich bewährt. Auch von dem Grundsatze aus, daß die Wohlfahrt der Stadt nur durch Einigkeit und gemeinsames Vorgehen der Kommunalbehörden gefördert werden kann, habe Zelle gewiß alles gethan. Er habe als Oberbürgermeister infolge einer schweren Zeit durchlebt, als der Staat in dieser Zeit außerordentliche Ansprüche an die Gemeinden gestellt und damit eine Menge neuer Arbeit für die Stadt und den Leiter der städtischen Geschäfte herbeigeführt habe. In allen diesen Verhandlungen sei die Versammlung, wenn er auch oft mit diesem oder jenem entgegengelegter Meinung war, mit ihm doch stets zu einem Einvernehmen, zum Theil zu einem recht befriedigenden gelangt. Als Leiter der Verwaltung eines so großen Gemeinwesens wie Berlin, größer als die manchen Königreiche in deutschen Ländern, habe er natürlich die Pflicht, mit den Behörden, mit den Ministern, mit denen zusammenarbeiten werden müsse, auch in soziale Beziehungen zu treten. Nach den vielen Erfahrungen, die die Versammlung in dieser Beziehung gemacht habe, sei wohl fest, daß die Stellung der Verwaltung nicht gut anders zu führen sei als durch persönliches Verhandeln des Leiters der Stadtverwaltung mit den Leitern der Staatsverwaltung, weil so eine große Reihe von in die Verwaltung tief eingreifenden Fragen weit besser und kürzer erledigt werden können. Zelle sei das bei seinem chevaleresken Wesen, bei seiner großen Lebenswürdigkeit leichter geworden als andern; dennoch sei es immer mit Schwierigkeiten verbunden, und oft hätten recht häßliche Kritiken über Einzelheiten ihn verlegen müssen, die manchmal auch wohl recht wenig begründet waren. Der Vorherer berührt dann kurz sein persönliches Verhältnis zu Zelle. Er sei sein Freund gewesen, schon ehe dieser Oberbürgermeister war, er habe es für seine Pflicht gehalten — und Zelle hat diesen Standpunkt anerkannt — möglichst gemeinsam mit ihm über die Gemeinde-Angelegenheiten zu verhandeln, sei es der Belehrung wegen oder des gemeinsamen Vorgehens wegen, wenn es sich um Großes handelte. Der frühere Zelle sei nach Grundfragen und Handlungsweise derselbe gewesen, als der er jetzt abgehe; stets sei er auf die Wünsche und Klagen der Stadtverordneten willig eingegangen. (Zustimmung.) Seit 37 Jahren stehe er im Berliner öffentlichen Dienst, als Stadtrath, Syndikus, Bürgermeister und seit sechs Jahren als Oberbürgermeister. Aus dem, was er gethan habe und was die Stadtverwaltung hoch achte, und aus seinen Handlungen, wo sie vielleicht mit ihm nicht ganz einverstanden war, könne man sich ganz leicht ein Bild von den Eigenschaften machen, die von dem nunmehr an die Spitze der Verwaltung zu Stellenden zu fordern sind. Wichtig sei es, dem Manne die volle Anerkennung zu geben, daß er mit seinem ganzen Wesen und mit seiner ganzen Kraft sich der schweren Arbeit, die seiner barste, als Oberbürgermeister wurde, hingeegeben hat. (Lebhafter Beifall.)

Es wird beschlossen, für die beiden vakanten Posten einen Ausschuss von 15 Mitgliedern niederzusetzen.

Es folgt die Beratung des Antrags des Stadtv. Max Schulz:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft darüber, auf wessen Veranlassung die pietätlose Entfernung der Kränze und Schleifen vom Friedhofe der Märzgefallenen stattgefunden hat.

Stadtv. Perls: Wir stehen unter dem Eindruck, daß ein ganz untergeordneter Beamter der Stadtverwaltung sich erlaubt hat, auf eigene Faust politische Zensur zu üben an gewissen Vorgängen und politisch zu demonstrieren gegen die Haltung, die in dieser Frage von der weitaus überwiegenden Mehrheit der Bürgerchaft und ihrer Vertretung eingenommen war, vielleicht in dem Glauben, daß der Magistrat damit besonders gefällig zu erweisen. An diese Stelle gehört ein Mann von den politischen Tendenzen dieses Herrn Abraham nicht hin. Den verletzten Gefühlen der Bürgerchaft kann nicht anders genug gethan werden als dadurch, daß wir verlangen, daß der Mann auf einen anderen Posten versetzt wird. (Widerspruch.)

Stadtrath Kochhann: Aus der protokolllarischen Vernehmung des Herrn Abraham hat sich ergeben, daß er die Kränze wie alljährlich fortgenommen, um die Unkosten auf das alte Stadthaus verrechnen zu können. Einen Auftrag dazu habe er weder von der Polizei noch von den städtischen Behörden erhalten. Die Schleifung des Friedhofs am letzten Sonntag sei veranlaßt, weil der Friedhof in Unordnung und viel Rasen wieder herzustellen war. Die Schleifen seien ausnahmslos schon beim Niederlegen werthlos gemacht worden, zum Theil durch Beschneiden. (Widerspruch, Rufe: Nicht wahr!) In den letzten 20 Jahren seien stets in den letzten 5 bis 6 Tagen des März die Vorarbeiten zur Wiederinstandsetzung des Friedhofs vorgenommen worden. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, ob er denn nicht die Verhandlungen hier in der Versammlung und in der Presse gelesen hätte, welche die Bürgerchaft monatelang bewegt hätten. Er sagte „ja“, aber er sei sich nicht bewußt gewesen, mit seiner Handlungsweise irgend etwas Anstößiges begangen zu haben. Ich habe ihn weiter darauf hingewiesen, daß er kein Recht zu solchen rücksichtslosen Vorgehen gehabt habe und gerade in diesem Jahre jede Rücksicht gegen das Publikum auch in dieser Beziehung hätte üben müssen. Er hat das hingenommen und versprochen, sich danach zu richten. (Weiterkeit.) In Zukunft wird er stets erst Aufsichtsinhaber einholen, wie er sich zu verhalten hat.

Stadtv. Perls: Nachträglich ist hierzu alles Thätliche geschehen. Aber bei der besonderen Bedeutung, welche die Ehre in diesem Jahre gehabt hat, hätte der Magistrat doch schon vorher auf den Abraham einwirken sollen. Von seinem Versprechen, in Zukunft anders zu verfahren, nehmen wir mit Dank Akt und werden abwarten, ob nach weiteren 50 Jahren ein anderes Verfahren Platz greifen wird. (Weiterkeit.) Das die Schleifen zerhackt gewesen sind, ist einfach nicht wahr, ich habe selbst mich vom Geometrieüberzeugt. Es liegt in dieser Angelegenheit ein Ausdruck des Schuldbewußtseins des Herrn Abraham. Auf den Kirchhofen wird sonst erst im Mai diese Wiederinstandsetzung vollzogen. Auch auf diesem Grunde meine ich, daß die stattgehabte Verletzung der Gefühle der Bürgerchaft eine beachtliche gewesen ist.

Oberbürgermeister Zelle: Der Kollege Kochhann hat bereits ausgesprochen, daß die Verwaltung dem Herrn Abraham ihre Missbilligung zu erkennen gegeben hat, weil er nicht mit mehr Takt in diesem Jahre vorgegangen ist. Kollege Perls geht weiter und behauptet, Herr Abraham habe tendenziös ein solches Verfahren beobachtet, und der Magistrat hätte schon vorher auf ihn einwirken sollen. Dem Magistrat ist von solchen politischen Reigungen des Herrn Abraham nichts bekannt gewesen. Solche harte Beschuldigung sollte ohne Unterlage nicht erhoben werden, andernfalls würden wir uns den schärfsten Maßregeln gegen derartige tendenziöse Machenschaften bereit sein. Der Herr Abraham hat taktlos, aber nicht bewußt böshast gehandelt. Herr Heinz Krieger hat am Montag eine Protestversammlung wegen der Verbrennung der Kränze auf dem Friedhof der Märzgefallenen veranstaltet, in welcher er sich in heftigen Reden und Angriffen gegen den Oberbürgermeister Zelle erging. „So lese ich in den Zeitungen. Lassen Sie es damit genug sein! Ich habe mich in die Rolle des Sündenbocks so eingelebt, daß es auf ein bißchen mehr oder weniger nicht ankommt.“ (Große Heiterkeit.)

Stadtv. Matzner konstatiert, daß die städtische Kirchhofdeputation mit dem Friedhof der Märzgefallenen thätlich nichts zu thun hat.

Stadtv. Singer: In den Gefühlen, welche der Oberbürgermeister Zelle zuletzt äußerte, können wir nur mit ihm einverstanden sein. Die Ausföhrungen des Magistratssekretärs können uns aber nicht befriedigen. Daß die Park- und Gartenverwaltung absolut in Unkenntnis ist über das, was auf dem Friedhof passiert ist, ist ein Vorwurf, der ihr nicht erspart werden kann. Schon in den Vorjahren hätte sie doch Anlaß zum Einschreiten gehabt. Wenn Herr Abraham amtlich erklärt hat, die Schleifen seien ausnahmslos geschliffen gewesen, so ist das eine Unwahrheit, denn ich selbst habe drei Kränze, die ich niedergelegen beauftragt war, mit ungeschliffenen Schleifen niedergelegt und habe auch viele andere in gleichem Zustande gesehen. Man sollte doch aber auf der Suche nach einem Sündenbock nicht zu weit vom Magistrat abgehen, denn ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß dieser Oberbürgermeister, nachdem er Kenntnis genommen hatte von den Meinungen und Stimmungen im Magistrat, geglaubt hat, dem Magistrat einen besonderen Gefallen mit seiner Handlungsweise zu thun. (Widerspruch.) Wenn der Magistrat ein Verbot erteilt, ist es nicht verwunderlich, wenn in der Friedhofverwaltung die Meinung herrscht, es müsse die ganze Angelegenheit mit der thätlichsten Rücksicht behandelt werden. Auf das Versprechen, daß nach 50 Jahren ein weniger pietätloses Verfahren platzgreifen wird, gebe ich nicht viel; für uns ist vielmehr die Sache jetzt erledigt. Ein Gewinn aber würde es sein, wenn der Magistrat von nun an in diesen Fragen, die das Herz der Bürgerchaft auf tiefe berühren, einig mit der Versammlung gehen würde.

Damit schließt die Beratung.

Die Vorlagen, betr. die Verlängerung der Fußgängerbrücke nach der Eisenbahnstation „Zentral-Viehhof“, betr. die Schaffung eines Elektromotors für die Waagschale des Krankenhauses Glinkaerstraße, und betr. die Festsetzung von Fluchtlinien für zwei neue Straßen zwischen der Greifswalderstraße und dem Verlorenen Weg werden genehmigt, dagegen der Antrag des Magistrats auf Erwerbung von Straßenland von dem Grundstück Drausenburgerstraße 87/89 einem Ausschuss überweisen.

Schluß 7 Uhr.

Kommunales.

In der gestrigen unter Vorsitz des Stadtraths Kochhann stattgehabten Sitzung der städtischen Parkdeputation ist bestimmt worden, daß der Wassersturz im Viktoriapark vom 1. Mai bis 15. Juli in Thätigkeit gesetzt werden solle während der Tagesstunden an den Wochentagen von 9-12 Uhr vormittags und 3-8 Uhr abends und des Sonntags von 9-1 Uhr vormittags und 3-8 Uhr abends. Vom 15. Juli ab bis auf weiteres ist die Bestimmungszeit noch vorbehalten worden. Sobald die Vorrichtungen zur elektrischen Beleuchtung des Wassersturzes hergestellt sein werden, soll der Wassersturz Mittwochs und Sonnabends von Eintritt der Dunkelheit bis 10 Uhr abends elektrisch erleuchtet werden. Ferner beschloß die Deputation, noch in diesem Frühjahr Baum-Anpflanzungen zur Ausführung bringen zu lassen in der Warschauer-, Wroclaw- und Urbanstraße. Da zur Regulierung des im Norden der Stadt bei der Dampferstraße belegenen Grünhofs, Plages im städtischen Stadt 16000 M. genehmigt worden sind, hat die Deputation beschlossen, auf dem Plage einen Spielplatz, mit Baumanlagen umgeben, und Diagonalübergänge herzustellen zu lassen.

Die städtischen Kassen und Bureaus werden des bevorstehenden Osterfestes wegen am Sonnabend bereits um 1 Uhr mittags geschlossen, mit Ausnahme des Zentralbureaus, welches zur Entgegennahme von wichtigen Sachen bis 4 Uhr nachmittags geöffnet bleibt.

Lokales.

Achtung! Mitglieder der Freien Volkshöhle! Da die am 8. Mai vorgesehene „Weber“-Vorstellung für die 5. Abtheilung nicht an diesem Tage stattfinden kann, hat sich eine Abänderung in der Reihenfolge der Spieltage notwendig gemacht, welche aus dem 1. Zusatz in der heutigen Nummer ersichtlich ist. Die Mitglieder werden gebeten, von dem Inhalt Notiz zu nehmen und demselben weitere Verbreitung zu geben.

Der Vorstand. F. A.: G. Winkler.

Fünfter Wahlkreis. Die Parteigenossen werden auf die heute Abend im Schützenbause, Minierstr. 5, stattfindende Versammlung, in der Genosse W. Heine über Kolonisations- und Weltbandelpolitik sprechen wird, besonders aufmerksam gemacht. Diejenigen Genossen, welche noch nicht Mitglied der im 5. Kreis bestehenden politischen Organisation sind, haben Gelegenheit, sich anzunehmen zu lassen. Man möge bedenken, daß es jetzt unmittelbar vor den Wahlen, Pflicht eines jeden Parteigenossen ist, sich seinem Wahlvertrauen anzuschließen und sich an den Wahlarbeiten zu beteiligen. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises veranlassen am Montag, den zweiten Feiertag, 12 Uhr mittags, in Kaufmann's Varietés eine Matinee, die ihres interessanten Programms wegen lebhaftest Beachtung verdient. Außer dem Auftreten sämtlicher Künstler des Instituts bringt das Programm Originalvorträge, welche Herr Martin Wendig zum besten geben wird; desgleichen wird die Pöffe „Ein falscher Bräutigam“ aufgeführt werden. Der Eintrittspreis beträgt nur 30 Pf.

Von Parteigenossen der Schönehauser Vorstadt wird am zweiten Oftertage mittags 12 Uhr im Berliner Prater, Kasanien-Allee 7-8, eine aus Konzert, Gesang und Vorträgen bestehende Matinee abgehalten, in welcher die Gesangsvereine „Nord“ und „Apenzeller“ mitwirken werden. Der niedrige Eintrittspreis von 30 Pf. läßt erwarten, daß das Konzert rege besucht wird.

Von Parteigenossen des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises nochmals zur Nachricht, daß der Wahlverein morgen (Charfreitag) eine Parteipartie nach den Müggelbergen unternimmt. Treffpunkt 9 Uhr auf dem Görtlicher Bahnhofs; für Nachzügler bis 11 Uhr in Grünau, Restaurant Lindenbaya, Friedrichstraße 1-2. Zahlreiche Theilnahme, besonders der fangeskundigen Mitglieder, ist erwünscht. Gleichzeitig machen wir auf die am Montag, den 11. April (2. Osterfeiertag), stattfindenden Matinee

bei Zählke, Dennewitzstraße, und in Bickel's Festhallen, Hakenhaide 52/53, aufmerksam. Für ein reichhaltiges Programm ist gesorgt. Billets nebst Programm sind in den bekannten Zahlstellen des Wahlvereins sowie an der Kasse zu haben. Der Vorstand.

Zur Berliner Sittengeschichte meldet ein von der „Konst.“ angelegter Bericht der Berliner Stadtmission: „Die dunkle Arbeit war die gegen die öffentliche Unzucht. Mehr Kräfte als sonst standen gegen sie im Felde. Die gemachten Erfahrungen bedeuten Schimpf und Schande für ein christliches Volk und die Hauptstadt des Deutschen Reiches. In dem Hülfe der Stadtmission ist eine der Schwestern mit 455 der Unglücklichen in seelsorgerische Verbindung getreten. 207 waren völlig unzugänglich, nur 115 zugänglich. Aus Berlin waren 127, die übrigen aus den Provinzen. Ein Mädchen war 11 Jahre alt, zwei 12, vier 13, elf 14 Jahre u. s. w. 152 Mädchen konnten untergebracht werden. Auf dem Polizeipräsidium ließen die Schwestern der Stadtmission 455 Mädchen Anspruch angedeihen. 119 wurden untergebracht. Die Altersverhältnisse waren auch hier entsetzlich (2 waren 12, 8 14, 17 waren 15 Jahre alt u. s. w.).“ Das sind gewiß traurige Zahlen. Unklar bleibt nur, wie die Stadtmission zu der wunderlichen Idee kommt, daß das schlimmste Geschwür am Körper der heutigen Gesellschaft durch „Zöpruch“ und fromme Redewendungen geheilt werden könnte. Der geringe Erfolg ihres Wirkens müßte sowohl die Stadtmission, wie auch andere Staatsbehörden darüber belehren, daß fromme Ermahnungen der Prostitution gegenüber etwa ebensoviel bedeuten, als die Sympathiefragen des Schöpfers At bei physischen Leiden. Wäre den unglücklichen Frauen und Kindern Gelegenheit gegeben, sich auf redliche Weise vor Hunger und Kälte zu schützen, so hätte sich der größte Theil von ihnen gewiß nie dem abscheulichen Beruf zugewendet. Die Statistik des Berliner Polizeipräsidiums giebt Aufschluß darüber, daß gute Arbeitsgelegenheit und niedrige Lebensmittelpreise ein Sinken der Zahl der Prostituirten zur Folge haben, während das Steigen der Lebensmittelpreise und das Sinken der Arbeitslöhne ein Anwachsen der Prostituirten nach sich zieht. Dasselbe haben auch hier und da bürgerliche Ökonomen richtig erkannt. Zu seiner vor zwei Jahren veröffentlichten Arbeit „Arbeiterinnenlöhne und Prostitution“ sagt Theodor Hundhausen: „Die Prostitution ist für die Mädchen der arbeitenden Klasse das, was für den Mann die Bagabundage ist: der Ausdruck wirtschaftlicher und sozialer Nothlage. Bagabundage und Prostitution bekämpfen wollen, ohne die materielle Lage der darin untergehenden Kreise verbessern wollen, ist gedankenlos oder Heuchelei... Man kehrt sich im gerühmten christlichen Staat den Pfifferling um das Gesicht, daß ein Arbeiter auch seines Lohnes werth sei, sondern schneidet sich das Christentum nach Wunsch und Bequemlichkeit zurecht. Man thut gerade, als stände im Vater unser nicht die Bitte: „Führe uns nicht in Versuchung...“ Ein Mädchen, das sich unter diesen Umständen aufständig durchbringt, hat mehr Charakter als mancher große Mann und mehr Muth und Tapferkeit als mancher glorreiche Feldherr.“

Es wird ja kaum anzunehmen sein, daß die Stadtmission an dieser bitteren Wahrheit den geringen Werth ihres modernen christlichen Wirkens erkennen lernt. Wohl aber wollen solche Grenzposten, wie die von uns angeführten, auf die infame Heuchelei der konservativen Kreise hin, die sich in ihrem Organ ausdrücken, von „Inzen Anschauungen über Sittlichkeit und Ordnung“ zu schwedronieren. Sind doch die Konservativen als Lebensmittel-Vertheiler und blutwürgende Feinde jeder Arbeiterorganisation gerade die hauptsächlichsten Förderer des von ihnen pharisaisch gepredigten „Eifers“.

Daß das Ausbringen von Miethszetteln an den Gebäuden nach den geltenden Polizeibestimmungen einer besonderen polizeilichen Erlaubnis bedarf, ist in den weiteren Kreisen der Berliner Bevölkerung jedenfalls nicht bekannt, und es ist wohl kaum jemals einem Hauswirth oder Miether, der einen Miethszettel anbringen wollte, eingefallen, hierzu eine polizeiliche Erlaubnis nachzusuchen. Daß aber eine solche Verpflichtung thätlich besteht, kann nach den Bestimmungen der §§ 84 und 118 des Straßen-Polizei-Reglements kaum zweifelhaft sein. Die Paragraphen lauten: „Zum Ausschließen und Ausschließen von Verlassen- und anderen Gegenständen an Gebäuden, Thüren, Fenstern, Umgängen, welche straßenwärts liegen, ist polizeiliche Genehmigung erforderlich. Dasselbe gilt von Schaufenstern, Aushängeschloßern und anderen Anhängungsmittele des Gewerbetreibenden, der Kunst und Industrie, sobald dieselben so angebracht werden, daß sie von der Straße aus sichtbar sind. — Nun könnten ja allerdings diese Bestimmungen so ausgelegt werden, daß die Miethszettel nicht zu den genehmigungspflichtigen Anhängungen gehören; allein das Polizeipräsidium ist entgegengelegter Ansicht. Der Eigentümer eines Hauses in der Lesingstraße hatte an dem Vorgartentheil seines Hauses einen Miethszettel in gewöhnlicher Größe, 30 Zentimeter lang und 20 Zentimeter breit, aufgehängt. Daraus ist ihm vom Polizeipräsidium auf Grund der mitgetheilten Bestimmungen eine Strafverfügung (Z. Nr. 1707 U. VI. 95) über 3 M. zugegangen. Um gerichtlichen Weisungen zu entgehen, hat der Betreffende die Strafe entrichtet. In anderen Straßen, auch in den vornehmsten Stadttheilen, sieht man Miethsanhängungen, wo Vorgärten angelegt sind, fast immer an den Gartengittern, da die am Hause angebrachten Miethszettel von der Straße aus nicht sichtbar, jedenfalls nicht lesbar sein würden. Dort können die Besitzer die Nothwendigkeit der polizeilichen Erlaubnis-Einholung so wenig wie in anderen Stadttheilen.

Eine Denunziation, die einmal nicht geclückt ist. In der „Post Ztg.“ lesen wir: „Der Landtags-Abgeordnete Max Schulz Berlin hatte am 7. Januar d. J. in einer öffentlichen Versammlung über „Generalsynode und Bauwirtschaftsstand“ gesprochen und dabei gesagt: „Die Erlulgefrage in der Kirche ist denn doch noch standstill, als bei uns. Mancher opfert in der Kirche seine Pfennige und glaubt, damit ein gutes Werk für irgend eine wohlthätige Stiftung zu thun. Wenn er aber vielleicht mal den Hegenhalm hat stehen lassen und er geht zurück in die Kirche, so kann er womöglich gerade sehen, wie sich Pastor, Küster und Kirchenrat in das Scherflein theilen.“ Diese Bemerkung hielten vier Kreisynoden und ein Gesängerkorps von der inneren Mission für eine grobe Beleidigung des geistlichen Standes und wandten sich mit der Bitte um Schutz an das königliche Konsistorium. Dieses hat die Sache an den Evangelischen Oberkirchenrath weiter gegeben, der, wie das „Volk“ berichtet, das Schriftstück kurzer Hand zurückgeschickt hat mit dem Bemerkung, daß er sich zur Stellung eines Strafanktrags „nicht veranlaßt“ finde.“

Der nächste Kursus an der Hufbeschlag-Lehrschmiede zu Charlottenburg beginnt Montag, den 2. Mai d. J., vormittags 8 Uhr. Meldungen zur Theilnahme sind an den Vorsteher Ober-Postarzt a. D. Herrn Brandt zu Charlottenburg, Spreestr. 42 zu richten. Zur Aufnahme sind erforderlich: 1. der Nachweis über Erlernung des Schmiedehandwerks, 2. ein polizeiliches Führungsattest. Unbewilligte erhalten freie Ausbildung und haben keinerlei Prüfungsgebühren zu entrichten.

Mit dem Abriß der alten Post in der Königstraße ist nunmehr am vorgestrigen Tage begonnen worden. Einige 30 Arbeiter waren damit beschäftigt, das Dach freizulegen, und gleichzeitig wurden die Ratten der provisorisch angelegten Rattenfanggalerie befestigt. Die Schuttmassen werden größtentheils, da in der engen Straße der Wagenverkehr sich bei dem Abriß außerordentlich störend erweist, auf dem Wasser fortgeschafft. Die übrigen Häuser in der Königstraße zwischen Poststraße und dem Israel'schen Waarenhause

werden zu Oktober niedergelegt. Zu derselben Zeit werden auch die von Israel erworbenen Häuser in der Spandauerstraße, die zur Erweiterung des Baarenhauses dienen sollen, abgegriffen werden.

**Die von der Eisenbahn-Verwaltung angegebene Monatskarte** dürfen bekanntlich nur von denjenigen Personen benutzt werden, welche dieselben unterschrieben haben, sie sind also nicht übertragbar, wie dies auch in den Tarifbestimmungen ausdrücklich gesagt ist. Dort heißt es auch speziell, daß die Uebertragung der für einen Dienstboten (Vehrling etc.) gelösten Monatskarte auf einen andern Dienstboten etc. ausgeschlossen ist. Gegen diese Bestimmungen wird fortgesetzt verstoßen, indem Herrschaften andere Dienstboten, Geschäftsleute andere Kaufleute, Handwerker andere Lehrlinge an stelle des rechtmäßigen Inhabers auf die Monatskarte setzen lassen. Da selbst einzelne von Militärbehörden für Ordonanzen gelöste Monatskarten sind in dieser ordnungswidrigen Weise benutzt worden. Ein Handwerkermeister habe sogar den Namen seines früheren Kaufmanns ausgedrückt und dafür den Namen eines andern Kaufmanns, der dann mit der Karte abgefaßt wurde, eingeschrieben. Da in solcher mißbräuchlichen Benutzung eine Unkundenfälschung, jedenfalls aber strafbarer Betrug erblickt werden kann, so muß eindringlichst davor gewarnt werden. Die geringste Unannehmlichkeit, die den Inhabern der Karte in jedem Falle trifft, ist die, daß die Monatskarte unter Verlust des dafür gezahlten Preises sofort eingezogen wird.

**Die technischen Maß- und Gewichtsberechnungen**, die alljährlich durch die Polizei unter Zuziehung von Rechnungsbeamten vorgenommen werden, haben wieder in Berlin begonnen. Die Gewerbetreibenden, in deren Geschäften Maße, Waagen und Gewichte benutzt werden, müssen daher ihre Maß- und Wiegegeräte schleunigst einem Rechnungsamte zur Prüfung oder Berichtigung vorlegen, wenn sie sich vor einer Beschlagnahme und empfindlichen Geldstrafen schützen wollen. Die Rechnungsämter befinden sich Luisenufer 6, Zietenstr. 4 (an der Zwölfapostelkirche), Kleine Andreastr. 20 und Vorfigstr. 31b und sind täglich in den Stunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

**Stadtschulstatistik.** Im Männerasyl des Berliner Asylvereins für Obdachlose nächtigten im Monat März 1904 Personen, im Frauenasyl 8516 Personen. Arbeitsnachweis wird erteilt für Männer Wiesenstr. 55/59, für Frauen Büchelerstr. 5.

**Das Polizeipräsidium theilt mit:** Gemäß § 105b, Absatz 2, 105c und 41a der Reichs-Gewerbe-Ordnung wird folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht: 1. Am 1. Oster- und Pfingst-Freiertage dürfen im Handelsgewerbe, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen beschäftigt werden: a) im Handel mit Milch, mit Back- und Konditorwaren und Konfitüren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags; b) im Handel mit Fleischwaren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags; c) im Handel mit Kolonial- und Vorlofwaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren während der Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags; d) im Handel mit Blumen während der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags; e) im Handel mit Druckschriften auf den Bahnhöfen während der Zeit von 7 1/2 bis 10 Uhr vormittags; f) in der Zeitungs- und Anzeigenverteilung während der Zeit von 4 bis 9 Uhr vormittags. II. Am zweiten Oster- und Pfingstfreiertage finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung.

**Der Kammernfreund.** Gestern ist es, so theilt das Polizeipräsidium mit, gelungen, in einem Kaufmann aus Potsdam eine langgesuchte Persönlichkeit festzunehmen, die die Namen hiesiger angegebener Kertze in ganz eigenartiger Weise gemißbraucht hat. In vielen Fällen erschien er bei solchen Personen, die sich in den Zeitungen als Kammern anboten, legte sich den Namen und Titel irgend eines Kertes bei und nahm eine körperliche Untersuchung der betreffenden Mädchen vor. Schließlich erklärte er sie denn für geeignet für den gewählten Beruf und hinterließ die Adresse einer Familie im reinsten Theil des Westens. Erst zu spät merkten die Mädchen, daß die angegebene Familie gar nicht aufzufinden war bzw. keine Kammern braucht, und erwachten nun den Kerten, deren Namen der Schwindler gemißbraucht hatte, insofern der schriftlichen und mündlichen Reklamationen der Kammern und deren Verwandten wenig ergiebige Auseinandersetzungen. Da anzunehmen ist, daß nicht alle diejenigen Fälle zur Anzeige gelangt sind, die dem Festgenommenen zur Last fallen, wollen sich Personen, die ebenfalls von dem Schwindler heimlich gesucht sind, in den Stunden von 9-11 vormittags im Zimmer 88 des Polizeipräsidialgebäudes melden oder in ihren Revieren Anzeige erstatten.

**Ershoffen** hat sich gestern früh in seiner Wohnung Wilhelmsstraße 77 der frühere Kaserneninspektor Scholz. Der Mann machte den Eindruck eines Geistesgestörten.

**Ueber die Selbstmordversuche zweier Dienstmädchen** meldet der Polizeibericht: Abends versuchte die 24jährige Anna B. sich in der Wohnung ihrer Herrschaft in der Scharenstraße mit Karbol säure zu vergiften. Sie wurde noch abends in die Charitee gebracht. — Das Dienstmädchen Ida M. versuchte gestern Nacht von der Silesienbrücke in den Landwehrkanal zu springen. Ein vorübergehender Mäher zog sie vom Brückengeländer herab und veranlaßte, daß sie in polizeiliche Gewahrsam genommen wurde. Als Grund für den Selbstmordversuch gab sie an, daß sie fortgesetzt bis spät in die Nacht hinein für ihre Herrschaft arbeiten müsse.

**Eine aufregende Szene** gab es am Dienstag Abend in dem Hause Bernauerstr. 30. Hier wohnt seit dem 1. d. M. mit seiner Frau der frühere Kaufmann Argus, der in seinen Vermögensverhältnissen so sehr zurückgegangen ist, daß er sich schließlich zu Arbeiten jeder Art verstehen mußte. Da er seiner Angabe nach zuletzt bei Malern beschäftigt gewesen war, so übertrug ihm der Hauswirth neben der Hausreinigung auch kleinere Materialarbeiten und gab ihm zur Beschaffung des Materials einen Vorschuß. Diesen vertrat jedoch Argus in wenigen Tagen. In einem Anfaße von Mäherlei führte er dann gestern Abend in später Stunde in seiner Wohnung eine Lärmorgie auf und ließ schließlich die Treppe hinunter und schnitt sich die Pulsadern auf. Ein Arzt ließ ihn in ein Krankenhaus bringen.

**Im Verein für Verbesserung der Frauenkleidung** wurde am Dienstag Abend über die Ueberreichung einer Eingabe, betr. die Abkennung der Mädchen beim Turnunterricht, an den Kultusminister berichtet. In der Eingabe wird gebeten, für den Turnunterricht der Mädchen den Gebrauch der Korsetts und des Leibchens aus seifem Stoff mit Staugeneinlagen allgemein zu untersagen und statt enganliegender und schmaler Kleidung eine zweckentsprechende zu empfehlen. Der Minister hat die Eingabe und die mündliche Begründung derselben mit Interesse entgegengenommen und seine Unterthänigkeit zugesagt, bezüglich der Einzelheiten sich aber vorbehalten, zunächst noch Sachverständige zu hören.

**Gehülfenmäßig** geworden war vor drei Wochen der Oekonomiehändlermeister Herrzog. Nachdem er vierzehn Tage in der Provinz umhergereist war, wurde er vollständig erschöpft und krank aufgefunden. Jetzt ist er nach Berlin in das Garnisonlazareth I gebracht worden. Ein Kresantentypen vom Garde-Jägerregiment bewacht ihn.

**Ueber einen rohen Aprilscherz** ist der hiesigen Polizeibehörde vorgestern folgende Anzeige zugegangen. Ein in der Neuen Königstraße wohnender Restaurateur F. erhielt am 1. d. Mts. die hiesige Mitteilung von dem plötzlich erfolgten Tode eines in Weissenhof wohnenden Gastwirthes, mit welchem er befreundet war. Die Vererdigung war für Sonntag Nachmittag 4 Uhr angesetzt. Am genannten Tage begab sich denn auch der Gastwirth mit seiner Frau, nachdem er einen prächtigen Kranz gekauft, nach dem Trauerhause und fand hier den angeblich Todten wohl und munter vor. Dieser war über seine Todesnachricht nicht wenig äberrocht, um so mehr, als bald noch mehrere trauernde Bekannte sich einfanden, um sich bei der Vererdigung des so plötzlich Dahingegangenen zu betheiligen. Herr F. hat die Todesanzeige zum Zwecke weiterer Ermittlungen dem hiesigen Polizeipräsidium übergeben.

**Arbeiter-Disko.** Auf dem Neubau Valtersstr. 8/4 fiel am Dienstag Vormittag dem Pauer Albert Gabriel ein Ziegelstein auf den Kopf. Man brachte ihn in das Elisabeth-Krankenhaus, doch starb er bereits am Abend.

**Zwei Bannfälle** mit traurigen Folgen haben sich gestern, Mittwoch, Nachmittag zugezogen. Auf dem Neubau am Schiffbauerdamm 22 glitt der 20 Jahre alte Steinträger Schul aus der Wollenerstraße 27 mit einer Mulde Steine auf der Leiter aus und fiel mit der Last auf eine Höhe von etwa 4 Metern auf das unten liegende Bau-Material herab. Er hat sich anscheinend einen Rückenwirbelbruch zugezogen und wurde bewußungslos in ein Krankenhaus gebracht. Der Verunglückte ist verheirathet und Vater von zwei Kindern. — Auf dem Grundstück Regentenstraße 4, dessen dreistöckiges Haus abgebrochen wird, hatte der 41 Jahre alte Arbeiter Otto Mandan am Dachstuhl zu thun. Um 3 1/2 Uhr stürzte er auf die gepflasterte Straße herab und blieb mit verschütteten Gliedmaßen regungslos liegen. Ein Schuttmann brachte den Verunglückten mit einer Droschke in ein Krankenhaus. Es wird schwer sein, ihn am Leben zu erhalten, da er außer einem Schädelbruch noch zahlreiche andere Verletzungen erlitten hat. Mandan hatte für eine hochbetagte Mutter zu sorgen.

**Die photographische Ausstellungsstellung** in der Urania, Invalidenstr. 11, bis zum zweiten Osterfeiertage geöffnet.

**Mit Ausnahme des Charfreitags** wird während der ganzen Charwoche die Völlerausstellung des Wiener Zoologischen Gartens im Neenpalest in den Tagesstunden von 11 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends für den allgemeinen Besuch geöffnet sein.

**Feuerbericht.** Dienstag Abend 7 1/2 Uhr war Lindenstraße 36 ein Garbinenbrand abgelaufen. Mittwoch früh 1 Uhr entstand in Waldenstr. 2 ein kleiner Ladenbrand, der aber beseitigt werden konnte, bevor er Ausdehnung erlangte. Um 6 Uhr erfolgte Elsfasserstr. 39 ein Zimmerbrand, bei dem auch das Haus beträchtlichen Schaden erlitt. Nachmittags 1 Uhr wurden Priuzenstr. 82 mehrere Kisten eingekassiert. Kurz darauf wurde die Wehr nach Markgrafenstr. 22/23 gerufen, wo ein Treppenschrank Feuer gefangen hatte, durch schnelles Eingreifen der Wehr konnte einer größeren Gefahr vorgebeugt werden. Bald nach 4 Uhr mußte Calvinst. 12 ein Kellerbrand abgelaufen werden.

**Aus den Nachbarorten.** **Friedrichshagen.** Die Parteigenossen werden ersucht, sich an dem Freitag den 8. d. M. stattfindenden Flugblattverbreitung zu betheiligen. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Emil Heinicke, Friedrichstraße 11 und Bernhard Lange, Wartbergstraße. Der Vertrauensmann.

**Ueber den Diebstahl des Amtsstempels vom Gemeindevorstand in Ahrensfelde bei Weissenhof** wird gemeldet: Vor einiger Zeit erschien auf dem Gemeindevorstand ein etwa 30jähriger Mann, welcher sich auf Grund einer Bescheinigung eines Arbeitgebers eine neue Quittungskarte ausstellen lassen wollte. Der Bureaubeamte hatte in Angelegenheit dieser Karte noch mit dem Amtsvorsteher Rücksprache zu nehmen. Er begab sich nach dessen Zimmer, traf ihn aber nicht an und bestellte daher den Amtsvorsteher zu einer späteren Stunde nach dem Gemeindevorstand zurück. Bald nach der Entfernung des Fremden bemerkte der Beamte, daß der Amtsstempel, den er in Gegenwart des Mannes gebraucht, verschwunden war und von diesem unbedingt gestohlen sein müsse. Es ist zweifellos, daß der Fremde, der sich natürlich nicht wieder sehen ließ, nur zum Zwecke der Erlangung des amtlichen Stempels, den er zum Zwecke der Vornahme irgend eines Betruges gebrauchte, eine Quittungskarte ausstellen lassen wollte. Wahrscheinlich hat sich der Unbekannte, dessen Personalien nicht ermittelt werden konnten, sowohl einer falschen Bescheinigung wie auch eines falschen Namens bedient. Sämmtliche Behörden Deutschlands sind von dem Diebstahl benachrichtigt worden, doch gelang es trotz sorgfältigster Recherchen bisher nicht, den Thäter zu ermitteln.

**Tausende von jungen Fischen** werden von den Stralauer Fischergesellschaften demnächst in die Oberspree gesetzt werden, um den immer mehr zurückgehenden Fischbestand der Spree wieder zu heben. Die Hauptlast an dieser Vermehrung des früheren Fischreichthums der Spree tragen die vielen Dampfer, die ein ruhiges Laichen der Fische unmöglich machen.

**Die Besteuerung der Musikautomaten** soll in Spandau zum Schrecken der dortigen Gastwirthes wieder durchgeföhrt werden und zwar auf Grund des Zusatzartikels zur Steuer-Regulation. Die Steuer soll 2 M. pro Tag betragen, wozu sich noch 1,50 M. Stempelgebühren für Nachzahlung der Genehmigung zur resp. für Anzeige der zu veranlassenden Musikführung" gesellen würde. Abgesehen von den Scherereien für die Wirthe und dem Umstande, daß ein Automat bestenfalls kaum die Hälfte dieser Summe einbringt, steht eine derartige Besteuerung in direktem Gegensatz zu einem rechtlich gewordenen Erkenntniß des dortigen Schöffengerichts, nach welchem Musikautomaten nicht steuerpflichtig sind. Es stehen demnach neue Prozesse zu erwarten.

**Briefkasten der Redaktion.** Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Postansage) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll. Die juristische Beantwortung findet am Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt. **K. G., Schönberg.** Reichstags-Abgeordnete erhalten keine Blätter, die preussischen Landtags-Abgeordneten dagegen 15 Reichsmark pro Tag. **Victoria.** Ihr Eingekanntes wollen wir ablehnen, da die Angelegenheit ein großes Interesse nicht beansprucht. **Der Abonnent.** Ohne nähere Kenntniß des Sachverhalts ist Ihre Anfrage nicht zu beantworten. — W. Er hat ganz zu zahlen. — **Herrmann.** 1. Ja, von der Polizei. 2. Wenden Sie sich an einen Kammerjäger zwecks Ermittlung der unüblichen Wäse. **Weiter-Prognose für Donnerstag, 7. April 1898.** Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; nachher Trübungen und etwas Regen. **Berliner Wetterbureau.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
(Verwaltungsstelle Berlin).  
**Codes-Anzeige.**  
Am Montag, den 4. April, fand unser langjähriger Mitglied, der Herr **Joseph Heinrich**, Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. April, nachmittags 4 Uhr, vom Hedwigs-Krankenhaus, Gr. Hamburgerstraße, and nach dem katholischen Kirchhof in Weissenhof statt. Um zahlreichere Betheiligung ersucht 111/14 Die Kreisverwaltung.

**Mitt. Kranken- u. Sterbefälle der deutschen Drechsler.**  
Bezirk B.  
Am 3. April verstarb unser langjähriger Mitglied und Meister, der Drechsler **Hermann Schulze**. Wir verlieren in ihm einen treuen und braven Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. Die Kreisverwaltung Berlin B. S. A.: A. Holsfleisch, Bevollmächtigter. Die Bestattung findet am Freitag, den 8. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Genuß-Kirchhofs aus statt. Um rege Betheiligung der Mitglieder wird gebeten.

**Todes-Anzeige.**  
Verwandten, Freunden u. Bekannten gehe hiermit nachdrücklich an, daß am 6. d. M. meine Frau, unsere Mutter, Schwiegermutter, Großmutter **Elisabeth Hubert**, geb. **Jatzke**, nach schwerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, vorm. 11 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen. 27960

**Ton-Halle,**  
Friedrichstraße 112.  
Neben Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: **Gr. Ball.** 47882

**Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.**  
Unser Mitglied 166/5 **H. Söte**, ist am 3. April verstorben. Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. April, nachmittags 4 Uhr, am dem Philippus-Kirchhof in der Wollenerstraße statt. Die Kreisverwaltung.

**Achtung! Mitglieder der Achtung! Freien Volksbühne!**  
Eine Abänderung des Spielplans der Weber-Vorstellungen hat sich nothwendig gemacht, da diese Vorstellungen im Mai im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater nicht stattfinden können. Die Reihenfolge der Vorstellungen ist nunmehr folgende:  
**II. Abtheilung:**  
1. Oster-Felertag Sonntag, den 10. April, nachm. 2 1/2 Uhr.  
**III. Abtheilung:**  
2. Oster-Felertag Montag, den 11. April, nachm. 2 1/2 Uhr.  
**IV. Abtheilung:**  
Sonntag, den 17. April, nachmittags 2 1/2 Uhr.  
**V. Abtheilung:**  
Sonntag, den 24. April, nachmittags 2 1/2 Uhr.  
sämmlich im Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.  
Die Mitglieder werden gebeten, von dieser Abänderung Notiz zu nehmen und dieselbe weiter zu verbreiten.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler, Rixdorf, Kirchhofstr. 46, II.

**Achtung! Schuhmacher. Achtung!**  
Donnerstag, den 7. April, abends 9 Uhr:  
**Oeffentl. Schuhmacher-Versammlung**  
im Lokale „Königsbaum“, Große Frankfurterstr. 117.  
Tagesordnung: 1. Anträge zum Kongress und Delegirtenwahl. 2. Stellungnahme zum 1. Mal. 3. Verschickenes.  
Die Agitations-Kommission. 171/18

Warme hiermit jedermann, meiner Frau auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. **E. Kacala**, Marienburgstr. 32 a.  
Warme hiermit jeden, meinem Sohn Hermann etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 27960 **Fritz Reichert**, Campandenstr. 4.  
**Wichtig! Heister's. Augen!** Augen-ansätze, Wundheilender sehr preiswerth. **O. Hoffmann**, Weieranulz. 14.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Fusspartie**  
am Charfreitag nach Hohennennendorf (Lokal von Ivert).  
Treffpunkt in Reinickendorf in der Wollenerstraße 27, 24/17. **Der Vorstand.** **A. H. Fels Rater**, Wollenerstr. 30.

**Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer**  
Berlins und Umgegend.  
Donnerstag, den 7. April, abends 8 Uhr:  
**Zwei Versammlungen.**  
Für Oien und Süd-Oien: Andraastr. 21 bei Stechert. Für Norden, West und Wedding: Weddingpark, Wollenerstraße 178 bei Trapp.  
Tagesordnung: 1. Vortrag der Kollegen **Blarod** und **Rater**. 2. Diskussions. 3. Berirungsangelegenheiten.  
120/5 **Der Vorstand.** **A. H. Fels Rater**, Wollenerstr. 30.

**Arbeiter-Bildungsschule.**  
Am Donnerstag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, in **Stabernack's Salon**, Inselstrasse 10:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Wahl des Vorstandes und zweier Revisoren. 3. Verschiedenes. 4/19  
Mitgliedsbuch legitimirt. Beiträge werden entgegen genommen. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

**Feuerstein's Festsäle**  
Alte Jakobstraße 75.  
**Juh. Martin Herzberg.**  
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen, Konzerten, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

**Carl Strauss'**  
Bier-Lokal im Vorgarten Stralauer-allee 17 b. Fernstr. VII 4182.  
Zahlfellen vom Wohlverein und Metallarbeiterverband. 27876  
**Umgangshaber** Aufschlüssel (post-diligent) Wollenerstr. 67, II. rechts.

**Chromo-Lithographen.** In Realf. verlangt **Finkensradt & Graunjak**, 27056 Alte Jakobstr. 60.  
Einen **Antreiber**, welcher schon in einer Lederwerkstatt gearbeitet hat, sucht **J. Kaufmann**, Stralauer Brücke 2.  
**Brückenwagen-Anführer, Brückenwagen-Anschläger, Tischwagen-Anführer, Tafelwagen-Anführer.** 18/11 Schloffer  
suchen dauernde Beschäftigung. **Gebüder Pätzler**, Waagen-Fabrik, Cichst. I. 2.

**Reisender.** 27915  
Die **Älteste Schablonen-Fabrik** sucht tüchtige **Verkäufer** zum Besuch der Häuser und Kunstler-Kundenschaft gegen hohe Provision. Hochleiste und Brandenburger erhalten den Vorrang. Off. mit K. 1834 besorgt d. **Ant.-Exp. Jak. Vowinkel**, Oberfeld.

Bei **Insolventer Feuerversicherungs-Kassa** finden tüchtige **Kassierer** bezw. **Revisor**, welche im Stande sind, Feuerversicherungen zu vermitteln, dauernd lohnende Nebenbeschäftigung. Bei beschriebenen Leistungen außer der Provision Vergütung einer besonderen Gratifikation. Geeignet für **Werkmeister** und **Berendungsleute**. Offerten sub G. 3 an die Exp. dieses Blattes. 25445

Eine tüchtige **Blätterin** auf **Stegen** verlangt **Röhling, Charlottenburg**, Wollenerstr. 17, n. pt. Gehalt wird vergütet. 27960  
Einen **Versandverwalter** auf **Westen** dauernde Arbeit, verlangt **G. Joers**, Cichst. 28. 27975  
**Achtung! Achtung! Stuckateure!**  
Die Kollegen werden dringend ersucht, den **Jung** nach den **Städten Nürnberg, Leipzig, Stettin, Hannover** fernzuhalten, da sich die dortigen Kollegen im **Aussand** befinden resp. vor dem **Beginn** derselben stehen. Ferner mache ich noch bekannt, daß am **Hannover** ein **Stuckateur** hier anwesend ist, welcher **versucht**, für dort **Stuckarbeiten** anzunehmen. Wo nachmals: **haltet** den **Jung** fern. 173/7 **Der Vertrauensmann.**

**Arbeitsmarkt. Wäscher**  
auf **Oppen** und **Färber** w. verlangt **H. Mittenberg**, Weissenhof, Langhandstr. 3.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 7. April.  
**Cyrenhäuser.** Öffentliche Konzertprobe zum 10. Sumpfonterabend der Königl. Kapelle.  
**Schauspielhaus.** Gedulten.  
**Zeitsches.** Pedro Wabier. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leistung.** Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Die Mottenburger. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Goethe.** Sotsifikation. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Doppelfelbstmord. Anfang 8 Uhr.  
**Unter den Linden.** Der Operndahl. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Die Freuden der Häuslichkeit. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reibens.** Sein Trid. Anfang 8 Uhr.  
**Thalia.** Gedulten.  
**Central.** Die Jugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Cheub.** Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.  
**Belles-Alliance.** Der rechte Schläfel. Anfang 8 Uhr.  
**Luisen.** Eine Partie Piquet. Die Nachbarinnen. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich.** Wilhelmstüdtisches. Die kleinen Begabunden. Anfang 8 Uhr.  
**Alexanderplatz.** Verlorene Mädchen. Der gefesselte Esch. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlage.

## Urania

Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlage.

**Castan's Panopticum.**  
Friedrichstr. 165.  
**Neu!!**  
Indisch-hindustanische Gaukler  
- und -  
Schlangen-Beschwörer.  
Das **BÄRENWEIB.**

**Passage-Panopticum.**  
Letzte Woche  
**Berliner Nachleben**  
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.  
**Theater Variété.**

**Ostend-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. West.  
Abends 8 Uhr. zum 59. Male:  
**Unter der Polarsonne.**  
Großes Ausstattungsdrama mit Gesang von G. Sondermann u. U. Bischoff.  
Mittl. von G. Schiller. Besetzungste von J. Ditt.  
Cotte: Fr. Clara Permann als Debut.  
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr. Freitag: Geschlossen.  
Sonabend: Unter der Polarsonne. Sonntag Nachmittag. Keine Besetzung.  
**Der Wilderer.**  
Montag und Dienstag. Keine Besetzung.  
Im Greenhouse. Abends: Unter der Polarsonne.

**Kaufmann's Variété.**  
1. Original-Budapester  
Possen- und Operetten-Theater  
Direktion: Gebr. Herrfeld.  
**Der Lumpensammler.**  
Wiener Lebensbild. Hauptrollen: Donat und Anton Herrfeld.  
Ausserdem das neue **April-Programm.**  
Geschwister Silvar. Gesangstanz. Prof. Pedro Ricardo, das Sensationellste der Hunde-Drossur. Phil. Bradi, Walzer-Sänger Amanda Nordstern, der weibliche Humorist Wienecke's Zwerger-Theater. Professor Roberts, Illusionist.  
Mittwoch, den 20. April 1898.  
Erstes Auftreten des unverwundlichen Berliner Volkshumoristen **Martin Bendix** in dem neuesten Gebrüder Herrfeld'schen Lustspiel **Die vierte Frau** als Vogelzüchter. Schauspiel. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonn- u. Feiertags 7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Leipzigstr. No. 77.  
Das neue hochinteressante **April-Programm!**  
**Four Sisters Amella.**  
The Almasio.  
Family Trappell.  
Christoffersen.  
**Karl Wilhelm.**  
Valentine Cadowa.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Reichshallen-Tunnel:**  
Concert-Soirée.

**Volks-Theater**  
im Welt-Restaurant  
97. Dresdener-Str. 97.  
Im Vorzimmer Sr. Excellenz.  
Lebensbild von Rudolf Dohn.  
**Das vierte Gebot.**  
Charaktergemälde von Bauermeister.  
**Försters Wilhelm.**  
Ereignis von S. r. d. n. d. r. d.  
Im vorderen Saale:  
**Tyroler Sängers Alois Ebner.**  
Anfang: Sonntag 6 Uhr. Montag 7 1/2 Uhr. Am 2. Osterfesttag mittags 12 Uhr: **Matinée.**

**Neues Olympia-Riesen-Theater**  
(Circus Renz) Karlstr. 10.  
**Sport**  
Jockey-Flach-Reiten etc.  
**Preisringkampf**  
zw. d. franz. Meisterschafts-Ringer Charles de Barré u. d. Berliner Restaurateur Theodor Heideke  
in **Bolosy Kiralfy's Konstantinopel.**  
Anfang 8 Uhr. Beg. d. Rennens 9 1/2 Uhr. Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. 1 Kind frei.

**Maehr's Theater**  
Oranien-Str. 21.  
Täglich:  
**Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Neu! Das Vermächtnis. Neu! Die schwarze Hand! Neu! Ernst Kühn, Humarist **Louise Tholey.** Soubrette **Selma Westphal.** Soubrette  
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonn- u. Feiertags 6 Uhr.

**An Eltern u. Vormünder!**  
Führen Sie Ihre Familie wohl, reich der Oesteren in das **Aschanti-Dorf** und **Javaner-Dorf** im **Feen-Palast** (Wahuhl "Börle")  
137 Eingeborene.  
Eintritt 50 Pf. resp. 25 Pf. von 11 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends

**Apollo-Theater.**  
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.  
The Falsina. Constantin Marlos.  
Sig. **Salerno. Isa Edelweiss**  
**Robert Steidl.**  
Tartakoff-Troupe. Mr. Boller. Hedwig Brasell. Mlle. D'Elzane.  
**Eugenie Fougère**  
Kosmograp. Bonhair-Troupe.  
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr

**Concerthaus**  
Leipzigstr. No. 48  
Donnerstag, Freitag, Sonnabend  
**geschloffen!**  
Der Winterurlaub für die drei Osterfesttage findet täglich von 12-2 Uhr statt

**W. Hoack's Theater**  
Brunnen-Str. 16.  
An allen 3 Osterfesttagen:  
Gr. Extra-Theatervorstellung  
Neu! Neu!  
**Die schöne Alopfer-Bäuerin.**  
Bollwühl mit Gesang in 3 Akten von Prüder. Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**

**Alcazar-Theater.**  
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)  
Direktion: Richard Winkler.  
Donnerstag, den 7. und Freitag, den 8. April bleibt das Theater geschlossen.  
Am Sonnabend, den 9. April **Neues Riesen-Programm.**  
**Lebende Photographien** in höchster Vollendung.  
Anfang: Wochentags 5 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Vorzugskarten haben Vorrang.

**Quarg's Vaudeville-Theater**  
Gr. Hotel Alexanderplatz  
Die Sonnabend geschlossen.  
Am 1., 2. u. 3. Osterfesttag:  
**Gr. Extra-Vorstellungen.**  
**König Heinrich** mit Leonhardy Hasckel und **sämtliche Spezialitäten.**  
Anfang an den Feiertagen 6 Uhr. Entree 30 Pf.

**Deutsches Vortier**  
Dessert u. Maltrafiktier 1. Rang. Brauerei Burgallee. Potsdam. geg. 1736, bei | Blutarme, Brustkrank, Bleich, Blöde, Nerven etc. d. leicht bestimmt, nahrhaft, kräftigste Bier. - In Bismarck, doch bei Gedulde u. Geduldsgewinn. aber 14 Pf. drei, 50 Pf. ein. In Geb. 1/2, 1/2, 1/2 u. Selbst abg. weicht bill. Klein. Versandt! t Berlin u. Prov. Vorkosten! **Ringler.** Berlin, Gr. Neust. 152. Nicht! fallen! - Qual. entseid.

**FRITZE'S BERLINER FUSSBOHLEN-ACKFABRIK**  
Fabrik  
**FRITZE & CO. OFFENBACH**  
bester und billigster Fußboden: anrich, aber nicht dort und hochglänzend und reinlich. fertig in div. brillanten Farben, vorzüglich bei: 47222  
**C. A. Eberhardt, Köpenick,** Grünauerstr. 4.  
2. Geschäft: Alt-Gliencke.

**Gelegenheits-Käufe.** Wer will Geld sparen, dem diene ich die glückliche Gelegenheit. Durch Einkauf von großen Posten verkaufe ich:  
Dachziegel, Dächer-Sommer-Valentins . . . von 9,75 M an  
Dach-Rod- und Jaasels . . . von 12,50 M an  
Dächer-Pöden . . . von 2,75 M an  
Kleiner-Pöden . . . von 4,75 M an  
Dächer u. Arbeits-Pöden zu 2,50 M an  
Dächer-Jaquets, Wägen und Pläde in allen Größen, Anaben und Würden  
Kugeln, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäcker, Schiele, Koffer, Sprenglaser, Kessel, Revolver, Taschen, -Eidolanten, Darmantlo's, Geigen, Hüben, Reithosen, Hüben, Ketten, Ringe, Arm-bänder u. l. w. zu enorm billigen Preisen. 4855

**Gustav Lucke,**  
Berlin, Oranienstr. 131.  
**Für 36 Mark**  
fertige feine Kugeln nach Maß, für 3-12 M. keine Hosen nach Maß.  
**Riesenschiff lager**  
Krausenstr. 14, I. kein Laden.

**Zu Ausflügen**  
empfiehlt sich  
**Brauerei Pichelsdorf.**  
Besitzer **Otto Stark.**  
**BUTTER**  
begleichen Sie am vortheilhaftesten aus der  
**Butter = Großhandlung**  
**J. Maeding,**  
Komptoir und Lager: **Krautstr. 48** und seinen Filialen:  
Koppen, Ecke Gr. Frankfurterstr. 52.  
Weidenweg 100.  
Krautstr. 48.  
Pangestr. 27.  
Craniensstr. 129.  
Memelerstr. 52.  
Rigaerstr. 1.  
Markusstr. 47.  
Andreas-Markthalle Sid. 115-118. Seite E 15-18.  
**Täglich frisch (Detail-Preise).**  
wirklich feine Tischbutter . . . . . 1,00  
besonders zu empfehlende . . . . . 1,10  
den verwöhntesten Geschmack zufriedenstellende . . . . . 1,20  
Eier, nur frische Waare (können gefocht werden), z. d. billigsten Tagespreisen. Käse, alle Sorten nur in bester Qualität.

**Maitrank**  
täglich frisch, ausgezeichnet im Geschmack.  
1 Fl. 60 Pf., 10 Fl. Mk. 5,50, 50 Fl. Mk. 25,- etc.  
**Heidelbeer-Wein, Johannisbeer-Wein,** weiß u. rot, herb u. süß.  
1 Fl. 75 Pf., 10 Fl. Mk. 7,-, 50 Fl. Mk. 30,- etc.  
**Brombeer-Wein, Wermuth-Wein** z. d. Wt. 1,-.  
**Grösste Obst- und Beeren-Wein-Kellerei Berlins.**  
Probirstelle: **Kommandantenstr. 67.**  
**Eugen Neumann & Co.**  
Komptoir u. Gesamt-Kellereien: **SW. 68, Lindenstr. 16/17.**  
Fornsprecher: **Am IV. 9676.**  
Detail-Verkaufsläden: **Belle-Alliancepl. 6a, Am IV. 3078, II. 2632.**  
Neue Friedrichstr. 81. - Oranienstr. 190. - Genthinerstr. 29. - Kommandantenstr. 67. - Grüner Weg 56. - Schönberg, Hauptstr. 129. - Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 48. - Potsdam, Baderstr. 7.

**Sürchterlich**  
finden wir in der Wohnung, da alle Mittel erschöpft. Die einzige Rettung ist das weltbekannte **konzentrierte Waugen-Pulver**, es tötet, wie kein anderes Mittel, sofort jede Wanze und zerstört sicher sämtliche Nester mit der Zeit. Dasselbe ist jedoch, wie auch das gegen die Schwanen als wirksam, radikal erprobte **Poudre Noctural** nur direkt erhältlich beim Erfinder selbst, **Herrn Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4,** unter Garantie in Flaschen zu 50 Pf., 1,00, 2,00, 3,00 und die Vorkasse 5,00 M. nebst Sprühapparat zu 50 Pf. Wir bemerken noch, daß die vielen schriftlichen und telephonischen Bestellungen überall frei zugestellt werden, nach auswärts durch die Post.

**Unbedingt die billigste Quelle**  
für Herren- und Anaben-**Hüte**  
in **G. Kletmann's Fabriklager,** Mariannenstr. 33. vt. kein Laden.  
**Möbel-Verkauf.**  
Oranienstr. 73. Hof 1, in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude hatte ich in überraschend großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufsgelegenheit für Brautleute. Teilzahlung gestattet. Frequent ohne Anzahlung. Täglich Eingang von neuen, geschmackvoll und gedruckter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franko.  
**Hüte**  
für Herren von M. 1,00-3,50.  
Anaben von 75 Pf. bis 1,50.  
Wägen von 50 Pf. an.  
**H. Knoppe, Nordstr. 27.**

**Möbel**  
vertischen gewasche und neue, haunend billig. Teilzahlung gestattet. Frequent ohne Anzahlung. 4055  
**Neue Königstr. 59**  
u. **Gneisenaustr. 15.**  
**Wer will viel Geld verdienen,** verkaufe bei hoher Provision  
Wäsche, graue u. frische  
S. Kulis, Einbeck  
in Bonn  
**Tapeten**  
**Damen-Mäntel**  
Fürbige Zuschnege 3 M., dito, auf Seide gearbeitete 5 M., Mannege-Kragen auf Seide von 3 M. an. Jaquet nach Maß von 10 M. an. P. Göing, Dresdenerstr. 127, III.  
**Große Betten 12 M.**  
(Oberbet, Unterbet, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei **Göing, Berlin S., Prinzenstr. 46.** Preisliste kostenlos. Viele Anerkennungen schreiben.  
**Kragen u. Capes,**  
einfache und elegante, empfiehlt **J. Müller, Schneidern, Bernauerstr. 15, I.**  
auf  
**Möbel** Teilzahlung.  
Neue **Jakobstr. 26.**  
**Milchkübel,**  
Saunen, Satten, Buttermaschinen 4451.  
Jordan, N. Markstr. 28  
**Lohnende Fabrikationen.**  
Verlangen Sie Gratiskatalog des **Milch-Kataloges** durch den Verlag **Der Erwerb, Dresden A. 7. 145.**  
**Fahrrad** 1898er Modell, erstl. deutsches Fabrikat, volle Garantie, verkauft billig **Carl Schultze,** Annenstr. 26, 2 Et. Wann. Gelegenheit.  
**Wichtig für Brautleute!**  
**Möbel, Spiegel, Polsterwaaren** verkaufen wegen Gebrach der Vademecum bedeutend billiger. Eig. Werkstätte. Quelle Tischlermeister, 14648  
**Bukow, Invaliden-Str. 13**

**Waarenhaus P. Rothenberg, Moabit,**  
**Thurmstr. 31, Ecke Wilhelmshavenerstrasse.**  
**Eröffnung heute Donnerstag Nachmittag 5 Uhr.**

# Donnerstag den 7. April

**Schwarzes Cape,**  
elegant gemusterter Stoff, mit  
Taffetrüsche und Merveilleux-  
futter

**9** Mk.

**Tuch-Cape,**  
schwarz, mit durch-  
brochener Tresse- u.  
Perl-Applikation,  
seidenes Taffettfutter

**13,75** Mk.

**Ausstellung**  
der neuesten  
**Frühjahrs-Modelle**

in  
Kostümen, Blusen,  
Morgenröcken,  
Jupons, Capes,  
Jacketts und Mänteln.

**Jacken-Kostüm,**

Covert coat, zweireihig,  
mit Sammetkragen und  
Perlmutter-Knöpfen, hell  
und dunkel

**17,50** Mk.

**Moiré-Cape,**

schwarz,  
mit Taffetrüsche u.  
Merveilleuxfutter

**13,75** Mk.

# Warenhaus A. Wertheim

## !Voranzeige!

Das unter der Firma **Mandowsky & Co.,** **Berlin C.,** Rosenthaler-Strasse Nr. 53,  
I. Etage, Ecke Weinmeister-Strasse,

betriebene **Seiden-, Manufactur- und Modewaaren-Geschäft** soll wegen

Aufgabe des Geschäfts **schnellstens ausverkauft** werden.

Wegen Preisherabsetzung und Umzeichnung des Lagers bleibt das Geschäft

am **Freitag, Sonnabend, Sonntag und Montag geschlossen.**

**Der Ausverkauf** beginnt **Dienstag,** den 12. April, Vorm. **8 Uhr.**

**Berlin C., Mandowsky & Co.,** Rosenthaler-Strasse Nr. 53,  
I. Etage, Ecke Weinmeister-Strasse.

Die Ladeneinrichtung ist billig zu verkaufen. Das Geschäftslokal ist anderweitig zu vermieten.

# M. Löwinsohn Nachfolger, Grüner Weg 32

## Donnerstag, Freitag und Sonnabend

verkaufen zu enorm billigen Preisen

Herren-, Burschen- und Kinder-Anzüge von 2 Mark an.  
Herren-Paletots, einzelne Jaquets, sowie sämtliche Arbeiter-  
Garderoben, ferner 250 Paar Buckskin-Hosen, gut sitzend,  
von 1,75 Mark an.

# M. Löwinsohn Nachfolger, Grüner Weg 32.

**Max Richter, Grüner Weg 65,** Herrenschnitz-  
Geschäft, (Marz, Engels, Vassalle) jeder Größe nebst Bildereinsparnung. Saal-  
decoration, Stockfaltenen etc. en gros und en détail. 4756L\*



für Hüte auszugeben, man  
erhält auch zu billigen  
Preisen gute und elegante  
Sachen, wenn man die rich-  
tige Bezugsquelle kennt.  
Knabenhüte 0,75 Bf. an  
Herrenhüte 1,25 „ „  
Cylinderhüte 4, — „ „  
Haarhüte 4,50 „ „  
Einsparungsh. 1, — „ „  
Chapeaux eliques zu 8, —  
9, — u. 10 — Bf.  
im Einzelverkauf bei  
**Arnold & Eggert**  
Dut-Engros-Lager  
Waldemarstr. 44 par. rechts  
kein Laden. Nur moderne  
Waare in großer Auswahl.

**Werkstatts-Bekleidung** für Jedes Gewerk  
kauft man gut und billig bei 4643L\*  
**Adolf Wecker, Moikenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.**

**Grosser Möbelverkauf, Neue Schönhauserstr. 2**

Die Möbel-Fabrik  
(früher Rosenthalerstr. 13)  
liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 Bf. an  
und gebe ich Einrichtungen auf Abzahlung. Vorer gebrauchter  
vertischen gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt.  
Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb. 4439L\*

**Für Charlottenburg**  
befindet sich jetzt  
**die Expedition des „Vorwärts“**  
Schillerstr. 94, v. l. bei G. Scharnberg.

Herren-Anzüge v. 30, Paletots v.  
30 Bf. fert. Busse, Charlottenstr. 72, IV.



**Knaben-Anzüge**  
in einfacher u. eleganter  
Ausführung  
**Knaben Paletots,**  
**Einzelne Hosen,**  
**Einzelne Blusen**  
für das Alter v. 2 bis  
18 Jahren, nur eigener  
Fabrik. Größte Aus-  
wahl. Billigste Preise.  
Kisten gratis.  
**Karl**  
**Hustädt,**  
Berlin O., 85 pt.  
Koppenstr. am Schlesischen Bahnhof

**Für 2—3 Mark**

Beste sehr grob. zu Knabenanzügen,  
Beste zu Herrenanzügen, schöne Muster  
7—10 Bf. für 12 Bf. ff. Cheviot  
auch Reminggarreste, Paletot und  
Soleureste so lange der Vorrath reicht  
**im Riesentofflager**  
Arausenerstr. 14, I., kein Laden.  
**Durch Ersparnis**  
der Bodenmiete billiger als im Laden:  
**Gardinen, Portieren,**  
**Tischdecken, Teppiche,**  
**Draußenstr. 166, 1 Treppe.**  
**Kein Laden!** 4710C\*